

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Reichsmark, halbjährlich 2 Reichsmark, jährlich 4 Reichsmark.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Gebirgs- und Reiseberichte' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Komposition... 10 Pfennig pro Zeile...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 12. Januar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin SW. 68, Dönhoffstr. 65; Disconto-Gesellschaft, Dönhoffstr. 2.

Entscheidung bis Donnerstag. Die Forderung des Reichspräsidenten.

Umlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident empfing am Montag nachmittag die Abgeordneten Fehrenbach und Koch zu einer gemeinsamen Besprechung. Dabei legte der Reichspräsident dar, daß er trotz gewisser Bedenken seine Entscheidung über die Vertrauensfrage einer bestimmten Persönlichkeit mit der Regierungsbildung ausgeübt habe...

Er müsse aber nunmehr dringend bitten, mit aller Beschleunigung eine endgültige Klärung darüber herbeizuführen, ob eine konkrete Möglichkeit zur Schaffung der Großen Koalition vorliegt. Eine weitere Verzögerung durch die Wiederaufnahme von programmatischen Erörterungen der Parteien erscheine ihm nicht vertretbar.

Die Abgeordneten Fehrenbach und Koch antworteten übereinstimmend, daß sie den Ausführungen des Herrn Reichspräsidenten über die Dringlichkeit der Regierungsbildung beistimmen und daher alles zur Beschleunigung der Klärung Notwendige veranlassen würden.

Den Anfang der politischen Krise, die nach dem Wunsch des Reichspräsidenten bis Donnerstag ihre Lösung — oder Zwischenlösung — erfahren soll, muß man mindestens vom August 1924 datieren. Damals schloß die Volkspartei hinter dem Rücken des Zentrums und der Demokraten, mit denen sie sich in der sogenannten 'Arbeitsgemeinschaft der Mitte' befand...

Der Reichstag, der aus den Wahlen vom 7. Dezember hervorging, ist derselbe, in dem jetzt wieder um die Mehrheitsbildung gerungen wird. Mehrheitsbildungen sind in ihm nur auf zweierlei Weise möglich: entweder durch den Rechtsblock oder durch die Große Koalition.

Marx erhielt den Auftrag, abermals ein Kabinett zu bilden. An die Große Koalition war nicht zu denken, da sich die Volkspartei eben auf den Rechtsblock festgelegt hatte. Die Sozialdemokraten erklärten sich unter diesen Umständen bereit, die Weimarer Koalition wieder herzustellen...

Nach langem qualvollen Hin und Her legte Marx seinen Auftrag zurück. Man kann sicherlich nicht sagen, daß die sozialdemokratische Fraktion damals den 'Mut zur Verantwortung' nicht aufgebracht hätte. Aber tatsächlich war ihr der Weg zur Regierung durch die Volkspartei, die mit allen Mitteln den Rechtsblock anstrebte, und durch das Zentrum, das den Ausweg der Weimarer Koalition ablehnte, versperrt.

So kam es Mitte Januar, nach langem Mühen, zur Bildung der Regierung Luther, und damit hatte die Volkspartei ihr Ziel erreicht. Zwar gab Herr Fehrenbach in der Reichstagsführung, in der sich die neue Regierung vorstellte, eine Erklärung ab, die nicht gerade nach Vertrauen klang, trotzdem konnte sich Herr Luther mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien, die Demokraten ausgenommen, solange im Amte halten, bis ihn die Locarno-Krise zum Rücktritt zwang.

Der Rechtsblock funktionierte prompt, und er hätte noch solange so weiter funktionieren können, wenn nicht die Deutschnationalen wegen des Vertrages von Locarno aus ihm aus-

getreten wären. Der Rechtsblock ist zertrümmert worden nicht von links her, sondern von rechts her, nicht, weil Volkspartei und Zentrum sich geweigert hätten, weiter mit den Deutschnationalen Innenpolitik zu machen, sondern weil sich die Deutschnationalen weigerten, mit Zentrum und Volkspartei weiter Außenpolitik zu machen.

Run sah sich die von den Deutschnationalen treulos verlassene Mitte nach einem neuen Gefährten um und sah nur die Sozialdemokratie. Zentrum und Demokraten gaben die Parole der Großen Koalition aus, während die Volkspartei sich offiziell schweigend verhielt, ihre Presse aber diese Parole offen verkündete. Man mußte dadurch den Eindruck gewinnen, daß die Volkspartei die Locarno-Krise nur als eine vorübergehende Betriebsstörung der Rechtskoalition betrachtete und ihre nach rechts gerichtete Politik nicht aufgeben wollte.

Denkt man zu alledem auch noch an die Erfahrungen, die die Sozialdemokratische Partei im Herbst 1923 mit der Großen Koalition gemacht hatte, so wird man verstehen, daß die Partei von den Aussichten, die ihr eröffnet wurden, nicht gerade entzückt war. Dennoch lehnte sie die Große Koalition grundsätzlich nicht ab, sondern beschränkte sich darauf, ein Programm zu formulieren, dessen Durchführung nach ihrer Ueberzeugung notwendig war, wenn sie ihren Eintritt in die Regierung vor sich selber und ihren Anhängern rechtfertigen wollte.

- Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion forderte:
1. Reichsgerichtliche Regelung der Fürstenabfindung mit rückwirkender Kraft auf Grund des demokratischen Antrags.
2. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei gleichzeitiger Inkraftsetzung in Frankreich und Belgien.
3. Beschleunigte Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes unter Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitstages.

4. Leistung von Ueberstunden nur nach tariflicher Vereinbarung. Ausnahmen in Fällen höherer Gewalt durch behördliche Regelung.

5. Erfüllung des Artikels 165 der Reichsverfassung durch paritätischen Ausbau der Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern, sowie bei der Bildung des Endgültigen Reichswirtschaftsrats.

6. Bis zur schleunigen Verabschiedung eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung:
a) Weitere Erhöhung der Unterstützungsfähigkeit.
b) Obligatorische Kurzarbeiterunterstützung.
c) Aufhebung der Bestimmung über die Begrenzung der Unterstützungsdauer und Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung.

7. Bei Ermäßigung von Steuern: Vorrang der Hauszinssteuer, der Lohn- und Umsatzsteuer vor den Besitzsteuern.

8. Verwendung der Erträge aus der Mietzinssteuer für den Wohnungsbau.

9. Offenlegung der Steuerlisten.

Allerdings war in der Partei der Glaube, daß sich die Volkspartei an der Durchführung eines solchen Programms loyal beteiligen werde, nicht vorhanden. Dieser Glaube konnte auch in den Verhandlungen, die der demokratische Abgeordnete Koch mit großem Geschick und großer Ausdauer führte, nicht hergestellt werden. Vielleicht wären Abänderungen möglich gewesen, wenn man nur darauf hätte vertrauen können, daß dann die Durchführung dessen, was blieb, gesichert war.

Am 16. Dezember v. J. nahm die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgende Entschliessung an:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abgeordnete Koch, dessen republikanische und demokratische Zuverlässigkeit außer Zweifel steht, sich auf das eifrigste bemüht hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion muß jedoch feststellen, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der Deutschen Volkspartei besonders in den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen keinen Erfolg beschieden war.

neuerdings vorgelegt wurde, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erblicken.

Trotz dieses Beschlusses setzten Zentrum und Demokraten ihre Bemühungen zur Schaffung der Großen Koalition weiter fort. Neue Verhandlungen wurden jedoch nicht geführt, und die Haltung der Volkspartei blieb unverändert. Nun steht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion vor der Frage, ob sie ihre Haltung ändern, oder ob sie bei der Auffassung beharren will, daß ohne genau fixierte Abmachungen, die insbesondere auch von der Volkspartei als für sie bindend anerkannt werden müßten, ihr Eintritt in die Große Koalition unmöglich sei.

Bleibt die Fraktion auf ihrem bisherigen Standpunkt, so schließt das weitere Verhandlungen nicht aus, doch ist ihre Dauer auf vierundzwanzig Stunden beschränkt, da der Reichspräsident darauf drängt, bis zum Donnerstag vormittag Klarheit über die Stellung der Parteien zu erhalten. Die Wahrscheinlichkeit, daß innerhalb dieser kurzen Frist Ergebnisse erzielt werden können, die für die Sozialdemokratie befriedigender sind als die bisherigen, ist naturgemäß gering.

In der Zwischenzeit haben sich in der Partei Stimmen erhoben, die dazu raten, das Zustandekommen der Großen Koalition zu erleichtern. Die Genossen Otto Braun, Seevering, Scheidemann, David und andere haben in diesem Sinne durch Wort und Schrift gewirkt. Die Fraktion wird sich heute zweifellos mit den Gründen dieser Genossen eingehend beschäftigen und das Für und Wider noch einmal gründlich erörtern. Bei der Entscheidung wird ihr das Interesse der von ihr vertretenen arbeitenden Massen maßgebend sein, nicht aber der Wunsch anderer Parteien.

Abgelehnt werden muß aber auf alle Fälle die Darstellung eines Teil der bürgerlichen Presse, als ob eine Krise nur deshalb bestünde, weil sich die Sozialdemokratie weigere, in die Große Koalition zu gehen. Der Grund dieser Dauerkrise liegt nicht in der tatsächlichen Stellung, die diese oder jene Partei in diesem Augenblick einnimmt, sondern er liegt tiefer. Er liegt in dem schwankenden Verhalten und in der inneren Zerklüftung der Reichstagsmitte, und diese Erscheinungen selbst sind wieder auf tiefgehende soziale Gegensätze zurückzuführen, die nicht nur zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien bestehen, sondern die auch in der bürgerlichen Mitte selbst vorhanden sind.

Eine entschlossen republikanisch gesinnte, den sozialen Forderungen der arbeitenden Massen entgegenkommende bürgerliche Partei oder Parteigruppierung, mit der die Sozialdemokratie eine Mehrheit bilden könnte, besteht nicht. Solange sie nicht besteht, bleibt jede Koalition bestenfalls nur ein Rettungsmittel in höchster Not oder eine Verlegenheitslösung.

Und so kann heute schon gesagt werden, daß die Lösung der Krise, wie immer sie aussehen mag, auch nur wieder eine Verlegenheitslösung sein wird.

Ein Aufsatz Otto Brauns. Für die Große Koalition.

In einem Aufsatz, den der 'Sozialdemokratischen Presse-Dienst' verbreitet, schreibt Genosse Otto Braun:

Wir müssen uns vielmehr jetzt ganz nüchtern fragen, ob zurzeit angesichts der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Reich für die Sozialdemokratische Partei sich die Möglichkeit eröffnet, durch Teilnahme an der Großen Koalition den Interessen der von ihr vertretenen Volkskreise und dem Wohle unseres Landes zu dienen, oder ob diesen Interessen durch Fernbleiben der Partei von der Regierung besser gedient wird.

Gewiß, auch wir würden durch die Teilnahme an einer Regierung der Großen Koalition nicht alle berechtigten Wünsche der notleidenden Volkskreise erfüllen können, das kann heute niemand. Aber wir würden — und das sage ich auf Grund meiner fast siebenjährigen Erfahrung als Minister — vieles tun können, um die Auswirkungen der herrschenden furchtbaren Wirtschaftskrise erheblich zu mildern. Wir würden vor allem auch durch unsere aktive Teilnahme an der Reichsregierung die lokale Durchführung des Locarno-Abkommens sichern helfen, von dem wir allein eine endliche Befriedung und wirtschaftliche Gesundung Europas erwarten können. Endlich würden wir

durch unsere Beteiligung an der Regierung die weitere republikanische Entwicklung unseres öffentlichen Lebens fördern und auf die Durchdringung der Republik mit sozialem Geist hinwirken können.

Von „Bedingungen“ und „Programmen“ halte ich nach meinen Erfahrungen nichts. Verstehen die Männer, die wir ins Kabinett entsenden, sich durchzusetzen, dann können sie aller schöner Bedingungen und Programme entzihen. Gelingt ihnen das nicht, dann nähren ihnen auch alle Bedingungen und Programme nichts.

Es kommt jetzt darauf an, daß die vier Parteien, die die große Koalition bilden müssen, von dem ersten Willen besetzt sind, unter zeitweiser Zurückstellung eigener Grundzüge und Forderungen ohne nach links oder rechts zu sehen, das zu tun, was die schwierige wirtschaftliche und politische Lage unseres Volkes heischt. Ich weiß wohl, daß man dabei über die richtigen Wege zur Rettung oft sehr abweichender Meinung sein kann und sein wird. Aber wenn das ernste Wollen, dem Volksganzen zu dienen, in allen Teilen der Koalition stark genug ist, dann wird man im Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Lebensfragen stets den Weg zum einigen, den Staatsnotwendigkeiten gerecht werdenden Handeln finden. Diese Politik der großen Koalition auch im Reich mehrere Jahre konsequent durchgeführt, würde so sichtbare Erfolge nach innen und außen zeitigen, daß daran alle Verteilung und Demagogie von rechts wie von links wirkungslos zerfallen müßte.

Wir stehen wieder einmal vor einer Entscheidung von geschichtlicher Bedeutung, vor einer Entscheidung, die für die weitere Entwicklung Deutschlands ausschlaggebend werden kann. Da muß auch die Sozialdemokratische Partei, die stärkste Partei des Reiches, Vertrauen zu ihrer inneren Kraft beweisen und den Mut zur Verantwortung finden. Sollte sie sich weiter von der Furcht vor der Verantwortung in ihrem Handeln leiten lassen, so würde sie dem parlamentarischen System einen vernichtenden Schlag verfehlen und der Reaktion die Bahn ebnen. Das kann aber die Partei, das darf sie nicht tun.

Den Argumenten des Genossen Braun ist in vorangegangenen Beratungen der Fraktion entgegengehalten worden, daß die Partei den Mut zur Verantwortung in den allergefährlichsten Lagen bewiesen hat und daß parlamentarische Schwierigkeiten, die auf politischen und sozialen Gegensätzen beruhen, auch in anderen Ländern bestehen, ohne daß das parlamentarische System gleich zugrunde geht. Die entscheidende Frage bleibt, ob es zurzeit möglich ist, eine stabile Mehrheit zu schaffen und in ihr wichtige Arbeiterforderungen durchzusetzen. Aus diesem Gesichtspunkt wird auch die Fraktion ihre Entscheidung treffen.

Erwerbslosenfürsorge im Reichstagsausschuß

1 1/2 Millionen Hauptunterstützte.

Der Soziale Ausschuß des Reichstags trat am 11. Januar zusammen, um sofort wieder in die Beratungen der Erwerbslosenfürsorge einzutreten. Ministerialrat Weigert berichtete zunächst über den Stand der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Hauptunterstützten dürfte jetzt etwa 1 1/2 Millionen betragen.

Auf Grund der letzten Reichstagsbeschlüsse sind vom Reichsarbeitsministerium inzwischen folgende Maßnahmen erfolgt: Anordnung über die neuen Höchstätze der Unterstützung, Erlass über die Ausschüttung von 5 Millionen Reichsmark, die über die Fürsorgeämter an Ausgesteuerte und nicht unterstützte Arbeitslose verteilt werden sollen, Vorbereitung einer Verordnung zur 5. Ausführungsverordnung betreffend Einschränkung der Beitragsbefreiung in der Landwirtschaft, Entwurf für einen Reichsausgleich, Gesetzentwurf über die Einbeziehung der höheren Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge.

Auf Antrag des Berichterstatters Aufhäuser wird beschlossen, zunächst über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zu debattieren, in der folgenden Sitzung den Entwurf zur Einbeziehung der Angestellten zu verabschieden und anschließend die noch unbedingten Anträge materieller Art, wie Kurzarbeiter-Unterstützung, einmalige Beihilfen usw., zu erledigen.

In der folgenden Aussprache wurde von allen Rednern betont, daß die an sich geringe Summe von 5 Millionen Reichs-

mark überhaupt noch nicht zur Verteilung gekommen ist. Ein Antrag Hoch und Genossen, worin die Regierung aufgefordert wird, über die Ausschüttung der 5 Millionen, die Verteilung an die Länder und die Auszahlungen an die einzelnen Arbeitslosen zu berichten, wurde angenommen. Die Ländervertreter sollen in der nächsten Sitzung über die Ausführungsbestimmungen berichten. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten in dem die Regierung aufgefordert wird, die Vorbereitungen zur Erledigung der Kurzarbeiter-Unterstützung und der sonst noch ausstehenden Anträge materieller Art beschleunigt zu treffen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten zurückgestellt.

Zu dem Gesetzentwurf über die Einbeziehung der höheren Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge hatten die Angestelltenvertreter im Ausschuß, Schneider, Aufhäuser, Thiel, gemeinsam beantragt, daß auch die Stellenlosen, die bereits 1923 und 1924 ohne Beschäftigung waren, bei der künftigen Unterstützung mit erfasst werden sollen. Die Regierung behielt sich ihre Stellungnahme vor, während der Ausschuß den Antrag annahm.

Fragen an den Justizminister.

Eigenartige Verschiebungen bei den Gerichten.

In den Roabiter Gerichts- und Anwaltskammern wird in diesen Tagen viel über eine merkwürdige Verschiebung der Gerichtsbesetzung gesprochen. Veränderungen beim Jahreswechsel sind nichts Besonderes: Richter werden bei Beginn eines neuen Geschäftsjahres vielfach von der Zivilabteilung und Kammer zu Strafabteilungen und -kammern versetzt. Aber Richter, die in Roabit bleiben, behalten in der Regel ihr Dezernat von Jahr zu Jahr, und Richter, die neu nach Roabit kommen, werden in freigewordene Stellen versetzt. So auch in diesem Jahr beim Amtsgericht Berlin-Mitte. Nur eine höchst auffällige Ausnahme ist zu konstatieren. Derjenige Richter, über den bisher die meisten Beschwerden geführt worden sind, insbesondere wegen ungeschicklicher Verhaftung, ist der durch seine eigenartige Rechtsprechung bekanntgewordene Landgerichtsdirektor Erich Schulze, der bisher die Abteilung 203 des Schöffengerichts hatte und jetzt plötzlich die Abteilung 201 bekommen hat. Seine bisherige Abteilung hat der Landgerichtsdirektor Köstler erhalten, der bisher an einer Zivilkammer arbeitete und wegen seiner Objektivität allgemein geschätzt wird. Nach den Gepflogenheiten hätte er die Abteilung 201, die frei war, bekommen müssen. Warum aber hat nicht er, sondern Schulze diese Abteilung erhalten? Des Rätsels Lösung bietet der Geschäftsplan, aus dem sich ergibt, daß die Abteilung 201 die Buchstaben Ba bis Bf bearbeitet. Unter diese Rubrik fallen sowohl der Prozeß gegen den Regierungsrat Barthelemy als auch der gegen Barmat. So also bereitet sich die Justiz auf diese Prozesse vor.

Im Zusammenhang mit diesen Dingen muß der Herr preussische Justizminister gefragt werden: 1. Weiß er, daß diese Verschiebungen beschaffen sind? 2. Kennt er die Entscheidungen, die auf die Beschwerden über den Landgerichtsdirektor E. Schulze ergangen sind? 3. Ist ihm bekannt, daß man jetzt nach der Ausschüttung des Staatsanwaltschaftsrats Linde aus dem Barmat-Prozeß ausgerechnet dessen Intimus und Duzfreund Staatsanwaltschaftsrat Weyermann zum Hauptdeponenten in der Barmat-Sache gemacht hat? 4. Billigt er alle diese Vorgänge?

Schlägerei zwischen Kommunisten.

Schuppelizei und Roter Frontkämpferbund gemeinsam gegen kommunistische Oppositionelle.

Hannover, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Resolution der kommunistischen Bezirksleitung, die den Ausschluß von Iwan Kay von der Zentrale fordert, hatte am Montag vormittag ernste Zusammenstöße zwischen den Anhängern der kommunistischen Opposition und den kommunistischen Parteigenossen zur Folge. Auf dem Klagesmarkt in Hannover, vor dem Parteihaus der KPD, in dem sich auch die kommunistische Zeitung befindet, kam es zu Schlägereien. Iwan Kay war mit über 200 seiner Freunde angegriffen und hatte den Versuch unternommen, das Haus und die Bureaus in seine Gewalt zu be-

kommen. Er wurde jedoch zurückgeschlagen. Schuppelzielbeamte und Angehörige des „Roten Frontkämpferbundes“ säuberten gemeinsam die Straße und verhinderten die Oppositionelle an ihrem Vorhaben. Auch am Sonntag abend schon hat es Schlägereien zwischen Kommunisten beider Gruppen gegeben. Dabei wurde auch das Bureau der „Roten Hilfe“ in Hannover von den Anhängern der Opposition ausgeräumt. Eine Schreibmaschine und eine Summe Geldes sind dabei auf Rummelwiedersehen mitgegangen.

In Berlin prügeln sie Sozialdemokraten, in Hannover prügeln sie sich untereinander! Das ist „die Befreiung des Proletariats!“

Everling legt nieder.

Das Prozeßmandat des ehemaligen Herzogs.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Everling hat die Vertretung des ehemaligen Herzogs von Sachsen-Altenburg im Prozeß gegen den Thüringer Staat niedergelegt. Herr Dr. Everling ist damit einer Entscheidung des Verleumdungsausschusses des Reichstags zuvorgekommen, der sich in seiner Sitzung vom Mittwoch mit der Frage des Doppelmandats des Herrn Everling beschäftigt haben würde.

Es hat des Druckes großer Fraktionen im Rechtsausschuß und des Druckes der öffentlichen Meinung bedurft, um Herrn Everling zur Erfüllung der einfachsten Anforderungen parlamentarischer Tätigkeits- und Anstandsgebühre zu bringen.

Städtische Notstandsarbeiten.

Entschießungen des rheinischen Städtetages.

Köln, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand des Rheinischen Städtetages hat in seiner in Köln stattgefundenen Sitzung einstimmig einen Entschluß gefaßt, der in der Einleitung wie folgt lautet: „Der Vorstand des Rheinischen Städtetages erhebt entschieden Einspruch gegen die heutigen Bestimmungen des Finanzausgleichs, welche die Anteile der Städte im Steuer-ausgleich zugunsten der Landgemeinden des Staates und des Reiches kürzen. Gerade in den Städten ist die Not der werktätigen Bevölkerung am größten und wirkt sich am unmittelbarsten aus. Der Vorstand des Rheinischen Städtetages fordert in diesem Sinne eine schnelle und grundlegende Verringerung des Finanzausgleichs. Zur Behebung der augenblicklichen besonderen Not im Rheinland und im Industriegebiet werden von dem Städtetag eine Reihe besonderer Maßnahmen gefordert, so die alsbaldige Ueberweisung größerer Beträge aus Reichs- und Staatsmitteln zur Linderung der Hochwasserschäden, besondere Ueberweisungen aus Steuermitteln zur Unterstützung der Erwerbslosen für die Wintermonate, ferner größere Kredite zu erträglichen Bedingungen für die westliche Wirtschaft, um die daniederliegenden Geschäfte wieder in Gang zu bringen. Reich und Staat sollen ferner durch Erteilung größerer Aufträge die Wirtschaft beleben. Den Gemeinden soll zur weiteren Behebung der Arbeitslosigkeit die Vergebung von Notstandsarbeiten in großzügiger Weise ermöglicht werden.“ Weiter wird in der Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß der Städtetag die bisherige Praxis, den Gemeinden die Erlangung ausländischer Kredite zu erschweren, aufs lebhafteste bedauert.

Der Gemeindeauschuß des Preussischen Landtages hat kurz vor Weihnachten eine Besichtigungsreise ins Industriegebiet unternommen, um sich an Ort und Stelle über die Eingangsbedingungen zu unterrichten. Er hat am Montag in Berlin die sachlichen Beratungen über die Eingangsbedingungen abgehalten. Die Debatten drehten sich hauptsächlich um die Bildung der Mittelstadt Wattenscheid. Zu dieser Frage sollen die Fraktionen Stellung nehmen. Die nächste Sitzung wird wahrscheinlich Ende der Woche stattfinden. Der Ausschuß wird die Regierungsvorlage in zwei Lesungen behandeln.

Motaja wird abgesetzt. Wie man uns aus Wien drahtet, soll Außenminister Dr. Motaja in den nächsten Tagen von diesem Posten verschwinden. Die Angelegenheit „Marie Schmidts Schweitzer Doktoranda“ befreit Deutschösterreich von diesem anfechtenswerten Außenminister.

Der neueste Museumskrieg.

Aus hochmännlichen Kreisen wird uns geschrieben: Wilhelm von Bode veröffentlicht in einigen Berliner Tageszeitungen einen Brief an den Unterrichtsminister Becker, in dem er das Anerkennen des Ministers, Bodes Bildnisbüste anlässlich seines achtzigjährigen Geburtstages innerhalb der Museen aufstellen zu lassen, mit einer Begründung ablehnt, die näherer Betrachtung wert ist.

Für das Kaiser-Friedrich-Museum, seine ureigenste Schöpfung, will Bode plötzlich keine Verantwortung mehr übernehmen. Er möchte hier nicht einmal „in eifriger“ als Urheber dastehen. Die veränderte Zweckbestimmung des Dahlemer Museums baues soll daran schuld sein, daß das Kaiser-Friedrich-Museum mehr einem Magazin als einem Museum gleiche.

Ganz so liegen die Dinge nun doch nicht. Das Dahlemer Museum war in erster Linie als Ergänzung für das reichlich überfüllte alte Völkerkunde-Museum gedacht. Vier mächtige Bauten sollten in Dahlem entstehen, einer für die Sammlungen Ägyptens, die drei übrigen für die Sammlungen aus Amerika, Afrika und Ozeanien. Der für Ägypten bestimmte Bau war noch kurz vor Ausbruch des Krieges in Angriff genommen und wurde trotz der unerhörten schwierigen Finanzlage des Staates wenigstens soweit weitergeführt, daß er seine eigentliche Aufgabe, zur Entlastung des Völkerkunde-Museums zu dienen, erfüllen konnte. Selbstverständlich mußte infolge der wirtschaftlichen und finanziellen Not auf die übrigen Gebäude verzichtet werden. Infolgedessen konnte auch nicht daran gedacht werden, die asiatische Sammlung allein nach Dahlem hinauszuschaffen, während die übrigen Sammlungen des Völkerkunde-Museums in Berlin verblieben wären. Das Interesse der Wissenschaft und des Publikums forderte gebieterisch, die Sammlungen des Völkerkunde-Museums zusammenzubehalten. Zudem wurde durch den Umzug des Kunstgewerbe-Museums in das Schloss in unmittelbarer Nähe des Völkerkunde-Museums ein großes Gebäude frei, das mit zur Entlastung des Völkerkunde-Museums herangezogen werden konnte. Es bot sich auch eine Gelegenheit, die schon lange von allen Einsichtigen geforderte Trennung von Schan- und Studien Sammlungen durchzuführen. Etwa 1/4 des ehemaligen Bestandes sind nach Dahlem übergeführt worden, sie werden hier zu einer großen Studienammlung vereinigt, die später zu einem Institut für vergleichende Ethnologie ausgebaut werden soll, während die Gebäude in der Prinz-Albrecht-Straße überflüssig geordnete Schausammlungen enthalten. Das Kaiser-Friedrich-Museum ist nur insofern betroffen, als die in drei (!) Räumen des Erdgeschosses aufgestellten Niamischen Sammlungen ursprünglich auch nach Dahlem gehen sollten. Borausichtlich werden die Niamischen Sammlungen nicht im Kaiser-Friedrich-Museum verbleiben. Aber Bode tut so, als sei hier schon das letzte Wort gesprochen, um damit Zustände zu bewahren, die wirklich mehr als bedauerlich sind, für die aber die volle und ungeteilte Verantwortung nur der Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums trägt, und das ist Wilhelm von Bode selbst! Es wäre eine Kleinigkeit, die Bestände des Kaiser-Friedrich-Museums so aufzustellen, daß einige Räume für die minder wichtigen Sachen, deren es eine Fülle gibt, als Studienammlung abgetrennt würden und die be-

deutenderen Kunstwerke in einer wirklich würdigen Ausstellung dem Publikum gezeigt werden könnten.

Bode möchte mit seiner Bitte auch nicht im Deutschen Museum stehen! Er behauptet, es seien Veränderungen des Bauprogramms ins Werk gesetzt worden, die zu einem schweren „Fehlschlag“ führen müßten. Die Dinge liegen auch hier umgekehrt, als Bode sie darzustellen beliebt. Bei der ersten Bearbeitung des Entwurfs für das Deutsche Museum hatte Bode es verstanden, seine schon damals veraltete Museumsidee, nach der die Kunstwerke ungeordnet nur in imitativen Stilleäumen wirken könnten, soweit durchzusetzen, daß Meißel unter dem allmächtigen Drucke schwerer Herzen daran gehen müßte, romanische, gotische, Renaissance- und Barockräume zu entwerfen, die als Architekturphantasien eines höchst talentvollen Künstlers hohen Reiz haben, zur Ausführung aber völlig ungeeignet waren, zumal sie für die Ausstellung der Kunstwerke keineswegs den erforderlichen Raum boten. Bei der eingehenden Durchsicht hat Ludwig Hoffmann, der Nachfolger Meißels, wiederholt auf die Undurchführbarkeit dieser Bodelschen Projekte hingewiesen. Er lebte es schließlich ab, die Räume auszuführen, und German Bestemeyer wurde mit der Ausführung betraut. Um das Schlimmste zu verhüten, schlug dieser vor, die Gewölbe zunächst nur in Ragolz auszuführen, denn diese würde eine später gewünschte Verringerung ermöglichen. Dem Vorschlage Bestemeyers stimmten alle Beteiligten zu. Nichtsdestoweniger wurden die in Rede stehenden Räume mit einer völlig unmöglichen, architektonisch geradezu grotesk anmutenden Decke in Stein überwölbt und hohe Säulen höchster Art widersinnig als eine Art „Kreuzgang“ eingebaut — alles das, während der eigentliche Bauleiter im Felde stand — und Bode als unumschränkter Rechtshaber des Fepterschwanz. Diese und andere Umstände, vor allem auch die an Ort und Stelle gemachte Ueberzeugung, daß die von Bode in völliger Verkennung der einfachsten Grundforderungen gesunder Architekturgestaltung verlangten Räume wirklich einen „Fehlschlag“ bedeuten würden, haben den Landtag, und zwar sämtliche Parteien, mit Ausnahme der übrigens nicht einmütigen Deutschnationalen, bestimmt, auf einer Veränderung dieser architektonischen Konzepte zu bestehen.

Thüringische Regierung und Weimarer Nationaltheater

Vor Vertretern der Berliner und der thüringischen Presse schilderten gestern in Weimar die Vertreter des Weimarer Ortsverbandes der Bühnengenossenschaft und des Solopersonals des Deutschen Nationaltheaters in umfangreicher Darstellung die Maßnahmen der Ordnungsregierung, die den Bestand des Nationaltheaters bedrohen. Wie entnehmen den Darlegungen folgendes: Zur selben Zeit gab der Generalintendant Ullrich dem Minister die Erklärung ab, daß sich die Eingriffe der thüringischen Regierung in den Theaterbetrieb als zerstörend für den Organismus des Kulturinstituts auswirkten und daß er die Verantwortung für das Theater ablehnen möchte. Von demselben sachlichen Gesichtspunkt gehen auch die Schlußfolgerungen bei der Beurteilung der Maßnahmen der Regierung aus. Ihre persönlichen Angelegenheiten scheiden in einem Augenblick, da fast zwei Millionen Deutsche unmittelbar unter der Erwerbslosigkeit leiden, aus. Aber da es sich beim Nationaltheater nicht

um ein durch die Inflation aufgeblühtes Gebilde, sondern um eine in zäher, jahrzehntelanger Kulturarbeit geschaffenes, gewachsenes und mit der Bodilierung, nicht zuletzt auch mit der Arbeiterkraft, verwachsenes Organ handelt, so sei ein „Abbau“ gleichbedeutend mit einem Todeschnitt, kulturell eine Schande. Der Bekanntmachung der Pressestelle der Regierung, daß „die Leistungen auf gewohnter Höhe bleiben würden“, entspricht die Leichtfertigkeit, mit der man schon vor Erledigung der 25. Fünftensprojekte ein bedeutendes Instrument der Weimarer Kultur in seinem Bestand bedrohe. Darin reißt sich nicht zuletzt der Hof bestimmter Richtungen gegen Weimar aus, vor allem einer Partei, der man nicht nachgeben könne, daß gerade sie beruhen sei, in Kulturfragen entscheidend zu sein. (Gemeint ist der Landbund, die stärkste Regierungspartei.) Temperamentsvoll wurde mehrfach betont, daß die Schauspieler Opfer bringen wollten, aber der Abbau sei ohne Parlament, ohne Haushaltsauschuß, ohne Heranziehung Sachverständiger und Berufsorgane oder des Personals erfolgt, so daß der maßgebenden Regierungspartei gesagt werden müsse, sie wirksame in diesen Dingen wie das bekannte Tier im Porzellanladen. Wollte man keine Senkung des künstlerischen Niveaus, so müsse das deutsche Volk gegen blindwütige Kulturfeindschaft aufstehen, um zu verhindern, daß ein ehrwürdiges Nationalkulturgut zerstört werde.

Christus — ein Bolschewist! In einer öffentlichen Versammlung in Leningrad hielt der bolschewistenfreundliche Bischof Antonin vor einer großen Zahl von Zuhörern aus dem Volke und den Kreisen der Intelligenz einen Vortrag, in dem er sich unter fortwährenden Zwischenrufen der Bolschewisten um den Beweis mühte, daß Christus wirklich existiert habe. Dabei versieg er sich sogar zu der Schlussfolgerung, daß die bolschewistische Revolution — ein Produkt des Christentums sei. Die Geistlichen und die Marxisten seien Freunde, die einander nur nicht verstehen. Der bolschewistenfreundliche Professor Gradeful hat dem Bischof einen zustimmenden Artikel in der „Krasnaja Gasetta“ gewidmet, in dem er darauf hinweist, daß der Bischof während des alten Regimes vom Heiligen Synod verurteilt worden sei. — Jedenfalls scheint Bischof Antonin das Problem, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen, in seiner ganzen Tiefe erfaßt zu haben.

Geheimrat Poffow gefordert. Der Professor für Öhrenheilkunde und Hnngl. v. r. u. Generalarzt a. D. Adolf Poffow ist bei einem Besuch bei seinem kaiserlichen Königsherrn in Trossen plötzlich abgehört. Er war noch ein thüringischer Vertreter des alten Regimes an der Berliner Universität und mit dieser Anerkennung dürften seine Verdienste am besten gemessen sein.

Die Städtische Oper hat den Kammerinspektor Richard Wabv von der Wiener Staatsoper für ein mehrmaliges Gastspiel verpflichtet. Wabv singt zunächst am Freitag den „Cavallero in der „Zauberflöte“.

Die Januarausstellung des „Sturm“ ist dem ungarischen Expressionisten Bela Radai gewidmet. Ferner sind neue Aquarelle von Hermann Sewald ausgestellt. Die Ausstellung ist täglich von 10—6 Uhr und Sonntag von 11—12 Uhr zu besichtigen.

Ein russischer Polarflug. Von Sibirien aus soll im Februar des kommenden Jahres ein Polarflug nach Alaska stattfinden. Die Expedition soll nicht nur wissenschaftliche Forschungen und Helhelungen über wirtschaftliche Ausnutzungsmöglichkeiten im Auge haben, sondern auch versuchen, mit den Völkern dieser entlegenen Gegend Fühlung zu nehmen.

Die neuen Preisabbaugesetze. Gegen Ringbildung und Preisbindungen der Innungen; Preiskontrolle bei öffentlichen Kartellen.

In dem Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Preisabbaues* der dem Reichsrat bereits zugegangen ist, sind eine Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen zusammengefasst, die die Preisabbaufunktion der Reichsregierung unterstützen sollen. Weit aus dem größten Raum nimmt darin die Befestigung der Geschäftsaufsicht und ihr Ersatz durch einen Zwangsvergleich ein. Dieser Teil des Gesetzes ist bereits bekannt. Gegen die Ringbildung im Verdingungswesen, insbesondere gegen die Ringbildung zwecks Ausschaltung der Konkurrenz bei öffentlichen Ausschreibungen wendet sich der Artikel II des Gesetzes. Er will sowohl einen moralischen wie einen rechtlichen Druck auf die Unternehmer ausüben, um die heute beinahe gänzlich beseitigte freie Konkurrenz bei Vergebung öffentlicher Aufträge wieder herzustellen. Jeder Lieferant, der sich an einer Ausschreibung beteiligt, ist verpflichtet, mitzuteilen, ob er seine Preise und Bedingungen auf Grund einer Verständigung mit anderen Unternehmern gestellt hat, ob durch eine derartige Abrede die Konkurrenz in irgendeiner Weise ausgeschaltet ist. Wesentlich unrichtige Angaben darüber werden mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bestraft. Außerdem erhält der Auftraggeber das Recht, von der Ausschreibung zurückzutreten, also den Auftrag an andere Unternehmer zu vergeben. Schließlich kann er, wenn die Leistung auf Grund zu hoher Preise erfolgt ist, den zugestanden Preis, ohne weitere Rechtsmittel in Anspruch zu nehmen, bis zu 15 Proz. herabzusetzen. Unter Strafe gestellt wird jeder Versuch, billigere Angebote von Konkurrenzfirmen bei Ausschreibungen auszuschalten, oder bewußt übertriebene Preisforderungen zugunsten einer Firma zu stellen, der von den Mitbewerbern die Uebernahme des Auftrages von vornherein zugesagt ist. Wer auf Grund dieses Gesetzes bestraft wird, riskiert außerdem, daß das öffentlich bekanntgegeben wird.

Traglos ist dieser Teil der Verordnung ein wirkloses Mittel gegen die unerhörten Zustände bei der Vergebung öffentlicher Aufträge gesündere Zustände zu schaffen. Ob die Interessenten, die vorläufig unter dem Druck des Beschäftigungsmanagers zu gegenseitigen Unterbietungen eher geneigt sind als sonst, nicht auch auf die Dauer Mittel finden werden, um die Anwendung solcher Bestimmungen zu verhindern, muß freilich dahingestellt bleiben.

Die Kartellverordnung, die bisher gegen behördlich unterstützte Organe und deren Preis- und Lieferungsbedingungen nicht angewandt werden konnte, soll einen Ausbau erfahren. Bisher konnte die Regierung mit Hilfe des ihnen zustehenden Veto-Rechtes bei Kartell und Kohle Preisfestsetzungen der Preise oder der Lieferungsbedingungen verhindern, konnte aber nicht von sich aus bewirken, daß die bestehenden Preise und Lieferungsbedingungen abgeändert wurden, wenn sich die Wirtschaftslage geändert hatte. Bisher waren derartige Eingriffe nur nach dem Artikel 48 möglich; dieses Ausnahmerecht soll jedoch jetzt im Kartellgesetz zum ordentlichen Recht werden.

Eine Änderung der Gewerkeordnung, die schließlich in mehreren Punkten vorgeschlagen wird, gibt den Landesbehörden das Recht, den Preis unter eine scharfe Kontrolle zu nehmen. Insbesondere kann verlangt werden, daß bei Brot nicht nur der Preis, sondern auch das Gewicht angegeben wird, auf das sich der Preis bezieht. Das Recht der Innungen, Preisunterbietungen zu bekämpfen, wird sehr stark eingeschränkt und nur für den Fall noch anerkannt, daß ein unzulässiger Wettbewerb vorliegt. Die obersten Landesbehörden und gegebenenfalls auch die Reichsregierung werden ermächtigt, die Festsetzung von Mindest- oder Höchstpreisen der Innung zu verbieten, oder auch die Satzungen von Innungen außer Kraft zu setzen.

Rededuell Blum-Renaudel. Auf dem französischen Parteitag.

Paris, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Auseinandersetzung auf dem außerordentlichen Parteitag der französischen Sozialisten hat am Montag morgen mit einer scharfen Kontrolle zwischen Leon Blum und Renaudel ihren Höhepunkt erreicht. Vorher hatte Blum in heftigster Weise nicht nur gegen jede Beteiligung an einem bürgerlichen Ministerium, sondern auch gegen die bisherige Politik der Fraktion, die sich wiederholt über die Beschlüsse der Parteitage hinweggesetzt habe, polemisiert.

Leon Blum, von starkem Beifall begrüßt, führte einleitend aus, man müsse unterscheiden zwischen der Eroberung der Macht, die das Vorspiel einer revolutionären Aktion sei, und der Ausübung der Regierung, die lediglich eine Kontingenz der parlamentarischen Aktion sei. Es sei für die Sozialisten unmöglich, ihre politische Meinung mit Gewalt durchzusetzen, wie das Compe-Rolle erklärt (gefordert? Red.) habe. Gerade deshalb aber sei die Ausübung der Regierung im Rahmen der gegenwärtigen verfassungsmäßigen Zustände

für den Sozialismus ein sehr gefährliches Experiment.

Die Gefahr werde noch größer, wenn es sich nicht um die Uebernahme der Regierung durch die Sozialisten allein, sondern um die Beteiligung an einem bürgerlichen Ministerium handle. Was den Abschluß eines „Ehekontraktes“ zwischen Renaudel und Herriot besonders schwierig mache, sei der Umstand, daß nicht nur ein gemeinsames Finanzprogramm zu vereinbaren sei, sondern daß daneben auch das marxistische und das christliche Problem, die Frage der Wahlreform, der Reduktion der militärischen Dienstzeit, der Einheitssteuer usw. zu lösen seien, in denen die Auffassungen der Sozialisten und der demokratischen Parteien sehr beträchtlich auseinandergingen. Der Idee der Anhänger der Regierungsbeteiligung, daß ein Rein der sozialistischen Partei den Uebergang der Regierung an ein reaktionäres Ministerium zur Folge habe, bestreite Leon Blum die Möglichkeit. Als dritte Möglichkeit gebe es die Wiederaufnahme der Politik der parlamentarischen Unterstützung, die eine ganze Reihe positiver Resultate gebracht habe. Die Aufgabe des französischen Sozialismus sei außerordentlich schwierig. Deshalb rate er der Partei, geradeaus zu marschieren, ohne sich von rechts oder links von ihrem Ziel ablenken zu lassen.

Leon Blum, dem die Mehrheit eine minutenlange Ovation bereitet, wurde auf der Rednertribüne von Renaudel abgelöst. Er erklärte, daß er und seine Freunde, d. h. die Anhänger der Beteiligung, für die Resolution stimmen würden, die eine Synthese zwischen den divergierenden Auffassungen und damit ein einstimmiges Votum ermöglichte.

Nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit verkörperte in Wirklichkeit den Geist des Klassenkampfes.

denn sie sei es, die die Aktion wünsche und vorbereite. Renaudel gibt dann ein kurzes Epilog der augenblicklichen Situation. Das Ministerium Briand müßte trotz Doornik wegen seiner Finanzpolitik die Sozialisten aufs Gänzlichste bekämpfen. Dieser Kampf werde bereits am Montag nachmittag in der Finanzkommission beginnen. Aber die sozialistische Partei würde leeres Stroh dreschen, wenn sie sich lediglich auf die Ausarbeitung von Programmen beschränken wolle, die in kurzem von dem Staub der Archive begraben würden. Ihre Pflicht sei es, alles zu tun, um diese Programme auf dem Wege der Aktion zur Annahme und zur An-

Staatskapitalismus, nicht Sozialismus. Erkenntnisse russischer Kommunisten.

Offiziell sind mit dem Schluß des russischen kommunistischen Parteitages die Debatten über die Streitfragen geschlossen. Stalin hat gesiegt, die Opposition hat seine schwere Faust zu fühlen bekommen. Ihre Wortführer sind teils gemahregelt, teils in der Parteiorganisation in eine Stellung gedrängt worden, die ihren Einfluß ganz erheblich schwächt. Aber trotzdem werden die Debatten weitergehen. Die Schicksalsfrage ist gestellt, und wenn alle Schweigen würden, dann würden die Steine reden. Denn mächtiger als Stalin ist das Schicksal selber, das die Volkswirtschaft und ihre utopistische Taktik überwindet. Die Größe der Gefahr erkennen die Bolschewiki sehr gut. Nur daraus ist es zu erklären, daß bei der Debatte über die Tätigkeit des Eltsi alle Diskussionsredner immer wieder die Notwendigkeit betonten, die Debatte über die russische Entwicklung unter keinen Umständen in die europäischen kommunistischen Parteien hineinragen zu lassen. Kein Wunder, daß die „Rote Fahne“ sich auf matte offiziöse, stillierte Berichte beschränkt, und daß sie es ängstlich vermeidet, den Kern der Probleme vor ihren Anhängern zu enthüllen.

Wenn auch in den spaltenlangen Reden, die die Seiten des „Prawda“-Berichtes über den Parteitag füllen, sehr viel enthalten ist, was zur wirklichen Aufklärung nur wenig beiträgt, so finden sich doch gelegentlich Äußerungen, die den Kern der Sache berühren. Am klarsten hat vielleicht der russische Volkskommissar für Finanzen Sokolnikoff in seiner Diskussionsrede die Fragen gestellt. Er selbst ist einer der Wortführer der Opposition und zur Strafe dafür jetzt aus dem Politbureau hinausgewählt worden. In seiner Diskussionsrede vor dem Parteitag führte er u. a. aus:

„Drei Fragen beschäftigen uns: Der Reifegrad der sozialistischen Elemente in unserer Wirtschaft; aus einer verschiedenen Einschätzung dieses Reifegrades der sozialistischen Elemente ergeben sich verschiedene praktische Linien in Wirtschaft und Politik. Die zweite Frage: Welche Entwicklung in den Beziehungen zwischen Stadt und Land bedingt die

fortschreitende Zersetzung im Dorf.

Daß diese Zersetzung vorhanden ist, leugnet schon niemand mehr. Die dritte Frage: Wie gestalten sich die Beziehungen zwischen der Sowjetwirtschaft und dem auswärtigen Markt?

Um festzustellen, mit welchen Elementen wir es in unserer Wirtschaft zu tun haben, darf man sich nicht damit begnügen, nur auf die Industrie anzuspielen. Wir haben neben der Industrie das Gebiet der Staatswirtschaft, die sich keineswegs mit dem Begriff Industrie deckt, wir haben daneben Eisenbahnen, den auswärtigen Handel, den inneren Handel, das Kreditwesen usw. Und nun frage ich Sie: Werden etwa in dem Augenblick, wo die Eisenbahnen, die unter dem Jarca Staatsunternehmungen waren, in die Hand der neuen Regierungsgewalt, der Arbeiterregierung übergeben, diese in der Sache schon sozialistisch organisierte Wirtschaftsbetriebe? Nein! In der Sache schon sozialistisch organisierte Wirtschaftsbetriebe? Nein! Vorhanden sind nur, wie bereits Lenin schreibt, Bedingungen für die Entwicklung des Sozialismus. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß

bei uns nicht eine Fabrik augenblicklich im vollen Sinne des Wortes sozialistisch organisiert

genannt werden kann. Gibt es bei uns etwa Unternehmungen, die schon vollkommen sozialistisch sind? Nein, auch in der Industrie nicht. Unser auswärtiger Handel wird in Form eines staatskapitalistischen Unternehmens geführt. Unsere inländischen Handelsgesellschaften sind ebenfalls staatskapitalistische Unternehmungen. Auch die Staatsbank ist ebenfalls ein staatskapitalistisches Unternehmen. Unser Geldsystem ist auf der Grundlage aufgebaut, daß innerhalb der Sowjetwirtschaft unter den Bedingungen eines sozialistischen Aufbaues ein Geldsystem aufgebaut ist, das

von Prinzipien der kapitalistischen Oekonomie durchdrungen

ist. Unsere Aufgabe besteht darin, unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur die Wirtschaft so zu organisieren, daß eine Verstärkung der sozialistischen Elemente erfolgt und der Aufbau des Sozialismus vor sich geht. Man muß sich wundern, daß über diese Frage bei uns überhaupt noch diskutiert werden kann.

Aber wenn man überhaupt die Möglichkeit des Staatskapitalismus unter der proletarischen Diktatur leugnet, wenn man leugnet, daß die Einrichtung der Diktatur und die Nachhergereifung noch keineswegs im gleichen Augenblick eine radikale wirtschaftliche Umwälzung bedeutet, sondern nur den Uebergang des Eigentums in die Hand des neuen Staates, in die Hand der Arbeiterklasse und die Sicherung der Bedingungen für eine sozialistische Wirtschaft bedeutet, wenn man das begreift, dann wird auch klar, daß

eine lange Reihe von Jahren notwendig ist,

wendung zu bringen. Die Politik der Unterstützung genügt nicht mehr für eine Aktion dieser Art, denn nur die Beteiligung gestattet die Bildung einer neuen, kleinen, aber sicheren Kammermehrheit. Deshalb könne es sich nicht darum handeln, die Beteiligung an einem nichtsozialistischen Ministerium anzunehmen, sondern die Partei müsse sie im Gegenteil verlangen. Renaudel erinnerte daran, daß im Juli eine Mehrheit, bestehend aus 245 Sozialisten, Radikalsocialisten und republikanischen Sozialisten, für die Kapitalabgabe gestimmt habe. Das und die neuerdings erfolgte Eingangs auf ein gemeinsames Programm gebe wirklich

keine Berechtigung, an der inneren Festigkeit der bürgerlichen Kartellparteien zu zweifeln.

Die Gefahren für den Sozialismus seien im Falle der gemeinsamen Uebernahme der Regierung weit geringer als bei Wiederaufnahme der Unterstützungspolitik. Renaudel erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß er kurz vor Beginn der Parliamentsferien im Juli die Absicht gehabt habe, das Ministerium Painlevé zu interpellieren, was damals aller Vorworte nach in dessen Sturz geführt haben würde, doch er daran aber von der Mehrheit der Fraktion, der damals auch Lebas und andere Gegner der Beteiligung angehörten, verhindert worden sei. Lebas motivierte in einer Zwischenbemerkung seine damalige Haltung damit, daß die Mehrheit der Fraktion mit Rücksicht auf die bevorstehenden Gemeindevahlen und die mit den Radikalen getroffenen Vereinbarungen den Zeitpunkt für eine Regierungskrise außerordentlich ungünstig angesehen hätte. Renaudel erwiderte darauf, daß diese Begründung das schlagendste Argument gegen diejenigen sei, die heute jede Aktion mit den Radikalen aufs Schärfste verurteilen. Renaudel schloß mit einem neuen Appell an den Parteitag, nach Möglichkeit die Einmütigkeit sichernde Beschlüsse zu fassen, und mit dem Hinweis auf die außerordentlich schwere Verantwort-

um allmählich die staatskapitalistische Organisation in eine sozialistische zu verändern und die Elemente des Privatkapitalismus zu eliminieren. Man erklärt uns, wir müßten dem Arbeiter Rechenschaft darüber ablegen, was die Fabrik, an der er arbeitet, darstellt. Sie ist eine Staatsfabrik, die dem Arbeiterstaat gehört, der an dem Aufbau des Sozialismus arbeitet. Wir können zwar sagen, daß die Art dieser Beziehungen sozialistischer Natur ist, aber, wie weit diese Art von Beziehungen ihre Möglichkeiten entwickelt hat, wie weit wirklich ein sozialistischer Charakter bereits entwickelt ist, — das ist eine ganz andere Frage.

Wenn man von unserer „sozialistischen Industrie“ spricht, so vergißt man meistens das eine; wir dürfen diese sozialistische Industrie nicht statisch, unbeweglich betrachten, sondern wir müssen sie in ihrer Entwicklung anschauen, d. h. im Prozeß der Produktion und der Reproduktion. Aber an diesem Prozeß der Reproduktion nimmt

nicht nur der Staat, sondern auch das Privatkapital Anteil.

Unsere sozialistische Industrie sichert sich zurzeit die Möglichkeit der Reproduktion unter der Bedingung der Beteiligung des Privatkapitals an der Reproduktion, weil die Realisierung ihrer Produkte in heroischem Maße durch das Privatkapital erfolgt. Und wenn wir den Versuch machen würden, dieses Privatkapital aus dem Prozeß der Reproduktion auszuschalten, dann würden wir entdecken, in wie starkem Maße wir zurzeit in dem privaten Kapital fremde kapitalistische Elemente unter uns haben, die an dem Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen und unser ganzes Wirtschaftssystem, soweit es mit dem Warenaustausch, mit dem Kreditwesen verbunden ist, soweit es in allen Beziehungen durch geldliche Beziehungen durchdrungen ist,

auch mit diesen Elementen der kapitalistischen Warenwirtschaft verknüpft.

Deswegen muß ich erklären, daß, wenn wir die praktischen Schlussfolgerungen ziehen würden, die aus einer falschen Analyse der Wirtschaftsstruktur unseres Landes, wie sie von Bucharin gegeben ist, sich ergeben, daß wir dann sehr schwere Fehler begehen würden.

Sokolnikoff legt dann im einzelnen auseinander, wie stark die Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft die ganzen inneren Verhältnisse Russlands beeinflusst. Seine Polemik gegen die Aufrechterhaltung des Außenhandelsmonopols ist im Bericht der „Prawda“ gänzlich gestrichen. Und nur aus einer an anderen Stellen der „Prawda“ wiedergegebenen Polemik gegen Sokolnikoff erfährt man überhaupt, daß er auch hier die kritische Sonde angelegt hat. Sokolnikoff schließt zum Schluß in einem kurzen Absatz mit erstaunlicher Schärfe die ungeheuren Schwierigkeiten, die die utopische Wirtschaftspolitik der Bolschewiki, die der Versuch, die Entwicklung dieses Riesensandes mit ausgesprochenem bäuerlichen Charakter von einer unfertigen, mit bürokratischer Unzulänglichkeit geleiteten Staatsindustrie aus zu gängeln, mit sich bringt. Er erklärt:

„Aus dem Aufschwung, der bei uns beobachtet wird, aus dem schnelleren Tempo der Entwicklung unserer Gesamtwirtschaft ergibt sich für uns nicht nur die Betriedigung über die erreichten Erfolge, vielmehr wächst daraus die

Komplexität der Lösung aller unserer Aufgaben.

Gleichzeitig entwickeln sich damit in jedem Zweige unserer Wirtschaft, wenn er sich kräftig, seine eigenen Sonderinteressen. Jeder Zweig beginnt diese Sonderinteressen zu haben. Daraus verfließt sich auch der gegenseitige Kampf in unserer wirtschaftlichen Welt. Niemals hatten wir so hart wie in den letzten Monaten solche Zusammenstöße, solche Widersprüche, als jetzt, wo halb die eine oder die andere Wirtschaftsaufgabe vor uns steht, wo jeder Zweig und jedes Gebiet unserer Arbeit versucht, das Wirtschaftsgesetz möglichst nach seiner Seite zu stoßen. Und deswegen steht vor uns die Aufgabe, eine möglichst feste Wirtschaftsführung zu erreichen. Diese feste Wirtschaftsführung hat in den letzten Monaten darunter gelitten, daß wir keine genügend geschlossene und feste Parteiführung hatten.“

Jeder Satz dieser Ausführungen Sokolnikoffs ist eine Bestätigung der sozialistischen Kritik an dem Wirtschaftstautismus der Bolschewiki. Die Utopie, daß mit Hilfe einer auf kapitalistischen Wege errungenen proletarischen Diktatur Stufen der Wirtschaftsentwicklung übersprungen werden könnten, zerfällt an den Tatsachen. Die Revolution lehrt an ihren Ausgangspunkt zurück. Die Bolschewiki selber müssen die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung ihres Landes in die Wege leiten und die Kräfte großzügig, die ihr Erbe antreten werden. Das Opfer dieses Experimentes aber sind die russischen Arbeiter, die an eine unmögliche utopistische Aufgabe ungeheure Energien vergeblich haben verschwenden müssen.

Die im entgegengesetzten Falle die Mehrheit im Hinblick auf die Erhaltung der Einheit übernehme. Die Nachmittagsführung war verhältnismäßig kurz. Nachdem Grumbach, Mouranges und Faure gesprochen hatten, wurden die Verhandlungen abgebrochen und eine Kommission zur Beurteilung einer Resolution eingesetzt. Die Unterbrechung erwies sich auch deshalb als notwendig, weil verschiedene Abgeordnete in die Deputiertenkammer fahren mußten, wo eine wichtige Sitzung des Finanzausschusses stattfand. Die Beratungen der Resolutionskommission dauern zur Stunde noch und werden vermutlich erst gegen 1 Uhr nachts zu Ende geführt werden können. Unmittelbar danach wird das Plenum des Parteitages zusammentreten und in einer Resolution einen endgültigen Beschluß fassen. In den Verhandlungen der Kammer betrachtet man die Möglichkeiten einer Einigung über eine Kompromißformel als gering und man rechnet mit der Annahme der Resolution Faure mit 300 bis 400 Stimmen Vorsprung.

Einsetzung einer Kommission.

Paris, 11. Januar, 12 Uhr nachts. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachmittagsführung war verhältnismäßig kurz. Nachdem Grumbach, Mouranges und Faure gesprochen hatten, wurden die Verhandlungen abgebrochen und eine Kommission zur Beurteilung einer Resolution eingesetzt. Die Unterbrechung erwies sich auch deshalb als notwendig, weil verschiedene Abgeordnete in die Deputiertenkammer fahren mußten, wo eine wichtige Sitzung des Finanzausschusses stattfand. Die Beratungen der Resolutionskommission dauern zur Stunde noch und werden vermutlich erst gegen 1 Uhr nachts zu Ende geführt werden können. Unmittelbar danach wird das Plenum des Parteitages zusammentreten und in einer Resolution einen endgültigen Beschluß fassen. In den Verhandlungen der Kammer betrachtet man die Möglichkeiten einer Einigung über eine Kompromißformel als gering und man rechnet mit der Annahme der Resolution Faure mit 300 bis 400 Stimmen Vorsprung.

Diplomatenschrift in Budapest.

Wien, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Gesandten der Ententestaaten in Budapest hielten heute eine Besprechung ab und begaben sich darauf zum Außenminister. Es heißt, daß die ungarische Regierung die Notwendigkeit vorgelegt haben, daß der Reichsoberster Rath juristisch

Gewerkschaftsbewegung

Wie steht's mit den Notstandsarbeiten?

Der Berliner Magistrat hat ver sagt!

Zu unseren Feststellungen in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ erfahren wir noch einige Angaben aus den am gestrigen Montag geführten Verhandlungen über die Übernahme von Notstandsarbeiten bei dem Herrn Oberpräsidenten.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat bis heute noch keine prüfungsfähigen Anträge zur Aufnahme von Notstandsarbeiten gestellt. Anträge auf Geldbewilligung liegen dem Oberpräsidenten überhaupt noch nicht vor. Der Kammerer erklärt, er habe kein Geld. Will er auf die 80 Proz. der Zuschüsse zu den Kosten der Notstandsarbeiten verzichten, weil die Gemeinde Groß-Berlin die restlichen 20 Proz. nicht aufbringen könne?

Es ist geradezu unglaublich, in welcher Weise der Magistrat der Notwendigkeit der Vorbereitung von Notstandsarbeiten aus dem Wege zu gehen scheint. Dafür ein Beispiel. Unter den projektierten Notstandsarbeiten ist die Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals vorgesehen. Eine Arbeit, die verwaltungstechnisch wohl am leichtesten und deshalb am schnellsten in Angriff genommen werden kann. Geredet ist darüber wiederholt worden. Bis heute aber ist dabei übersehen worden, daß dieser Kanal staatliches Eigentum ist und zu seiner Zuschüttung die Zustimmung des Staates notwendig ist. Ein Antrag des Magistrats auf Genehmigung zu der Zuschüttung des Kanals ist jedenfalls bis heute noch nicht gestellt und kann deshalb auch nicht erledigt werden.

Wir hoffen, daß diese Angaben genügen, um die Frage der Notstandsarbeiten nun endlich in Fluß zu bringen, und zwar in beschleunigtem Tempo. Die Arbeitslosen brauchen Arbeit!

An den Reichsarbeitsminister.

Ein offener Brief.

Sehr geehrter Herr Minister!

Im Gegensatz zu der heimlichen und schleichenden Methode unseres Tarifgegners, des Reichsverbandes der Bankleitungen, wenden wir uns in voller Öffentlichkeit an Sie mit der Bitte, auf das zu antworten, was in den nächsten Seiten behauptet wird:

Am 30. November v. J. haben Sie es abgelehnt, einen unter dem Vorbehalt eines Dezernenten des Reichsarbeitsministeriums gefällten Schiedspruch für das Bankgewerbe verbindlich zu erklären. Dieser Schiedspruch sah eine Gehaltserhöhung von 5 Proz. vor. Wir haben nicht die Absicht, in diesem Zusammenhange gegen die merkwürdige Begründung, die Sie Ihrer ablehnenden Haltung geben, zu polemisieren; nämlich, daß das Bankgewerbe bei seiner an sich schon schwierigen Lage auch noch durch zahlreiche, ihm im öffentlichen Interesse aufgebürdete Arbeiten, die keinen Gewinn ergäben, belastet sei. Was uns damals bereits in Erstaunen setzte, ohne daß wir in der Lage waren, letzte Gründe zu erkennen, war nicht diese total falsche Behauptung, sondern vielmehr folgender Satz Ihres Schreibens:

„Die Richtigkeit dieser Angaben hat durch die vom Reichsarbeitsministerium eingeholte eingehende Nachprüfung nicht widerlegt werden können.“

Weder die zuständigen Organisationen der Arbeitnehmer noch deren Betriebsräte noch irgend jemand sonst haben damals von dieser Nachprüfung das geringste erfahren.

Heute aber sind wir in der Lage, die positive Behauptung aufstellen zu können, daß das Reichsarbeitsministerium derartige Nachprüfungen überhaupt nicht veranstaltet, weil ja bei den Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches eine solche Behauptung seitens des Bankverbandes überhaupt nicht Gegenstand der Debatte gewesen war. Wir sind im Gegenteil in der Lage, den Beweis zu führen, daß bei den mit der Materie betrauten und vertrauten Stellen des Reichsarbeitsministeriums bis zum 27. November v. J. die Absicht bestanden hat, den Eprozentigen November-Schiedspruch auch durch Verbindlichkeitserklärung Wirklichkeit werden zu lassen. Daß trotzdem der Akt der Verbindlichkeitserklärung nicht erfolgte, liegt, wie wir heute zuverlässig wissen und einwandfrei nachweisen können, daran, daß in letzter Minute Reichswirtschaftsministerium und Reichsfinanzministerium auf Veranlassung des Reichsverbandes der Bankleitungen sich in die Angelegenheit eingemischt und ihr Veto eingelegt haben. Mit welchem Erfolge diese Ministerien zugunsten des Bankverbandes intervenierten, beweist dann Ihr Ablehnungsschreiben vom 30. November v. J.

Wir richten deshalb heute an den Herrn Reichsarbeitsminister folgende Fragen:

Ist der Herr Reichsarbeitsminister in der Beurteilung von Lohn- und Arbeitsfreiheiten noch zuständig oder hat die Behandlung derartiger Differenzen vor den ihm unterstehenden Schlichtungsausschüssen jeden Sinn verloren, weil die letzte Entscheidung ja doch von Reichsfinanzministerium und Reichswirtschaftsministerium gefällt wird?

Wir können diese Frage auch so ausdrücken: Bestehen wir in Deutschland noch ein Ministerium der Arbeit oder haben die im Reichsfinanzministerium und Reichswirtschaftsministerium sitzenden Sachwalter des Banken- und Industriekapitals dieses Ministerium

bereits selbstlos zu einer Klotztruppe und Kasse Ihrer Scharfmacherpläne ausgehöhlt?

Mit voller Absicht beschränken wir uns heute auf die Frage an den Herrn Reichsarbeitsminister, welche „eingehenden Nachprüfungen über sog. im öffentlichen Interesse dem Bankgewerbe aufgebürdete Arbeiten, die keinen Gewinn abwerten“, durch ihn stattgefunden haben. Darüber hinaus behalten wir uns selbstverständlich vor, neue Schritte des Bankverbandes, die im Zusammenhang mit dem letzten Schiedspruch vom 22. Dezember 1925 wiederum bei den gleichen Stellen unternommen sind, ebenfalls dem Urteil der breitesten Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten.
Marg. Emons.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

17., 24. und 31. Januar, 7. und 14. Februar, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, fünf Sonntag-Vortragsabende über das Thema

„Arbeiterjugend und Kunst“

Einzelthemen: „Arbeiterjugend und Dichtkunst“ (Genosse Ströbel), „Arbeiterjugend und Theater“ (Genosse Kretschke), „Arbeiterjugend und Musik“ (Genosse Kestenberg), „Arbeiterjugend und bildende Kunst“ (Genosse Wehne), „Arbeiterjugend und Tanzkunst“. Parteigenossen und Jungsozialisten sind eingeladen. Eintrittskarten für alle fünf Abende für 90 Pf. im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, Karten für die einzelnen Abende à 30 Pf. an den betr. Abenden.

Ueberstunden und Unfälle bei Siemens.

Von einem Metallarbeiter wird uns geschrieben: Der „Vorwärts“ sowie der „Kämpfer“ brachten in der letzten Zeit Artikel über das Ueberstundenwesen in den verschiedenen Industrien, speziell aber in der Metallindustrie und im besonderen im Siemens-Konzern. Im Siemens-Konzern ist die Erregung bei der freigewerkschaftlichen Belegschaft über einige traurige Fälle, in denen Ueberstunden bis zu 17 Stunden täglich geleistet wurden, ganz besonders groß. So wurden z. B. im Dynamowerk in Bränsfeld, in welchem die Belegschaft 120 Mann beträgt,

in einer Woche über 1100 Ueberstunden

geleistet. Es kommt hier vor, daß einzelne Arbeiter von morgens 8,20 Uhr bis abends 10,20 Uhr ununterbrochen ihre Tätigkeit ausüben. In einem anderen Falle, und zwar im Präsenbau der Siemens-Schneider-Werke, Tempelhoj, arbeitete die Schmelde von Freitag morgens 7 Uhr bis Sonnabend nachmittag 2 Uhr durch. Bei der Siemens-Bauunion ist es sogar vorgekommen, daß Arbeiter vor Müdigkeit infolge der großen Ueberstundenzahl bei der Arbeit eingeschlafen sind. Wie in der letzten freigewerkschaftlichen Vertrauensmännerversammlung des Siemens-Konzerns mitgeteilt wurde, haben die Unfälle im Konzern im Jahre 1923 die Zahl von 831, im Jahre 1924 die Zahl von 1297 erreicht. Im Jahre 1925 aber betrug die Zahl der Unfälle 2369.

Die Zahl der tödlichen Unfälle ist ebenfalls gegenüber dem Jahre 1923 gestiegen. Es ist hier an der Zeit, daß sich die Gewerbeaufsichtsamter, die für die einzelnen Siemens-Betriebe im Frage kommen, mit diesen Dingen ernsthaft beschäftigen und einmal feststellen, wieviel Unfälle auf das Konto der Ueberstunden kommen. Es ist auch weiterhin notwendig, daß diese Behörde dafür Sorge trägt, daß zum mindesten die Arbeitszeitverordnung, die noch in Kraft ist, auch für den Siemens-Konzern Geltung hat und ihre Bestimmungen im Konzern eingehalten werden. Aufgabe der Betriebsräte sowie der Funktionäre der freien Gewerkschaften muß es sein, die Belegschaften auf das Verwerfliche ihrer Ueberstundenlieberei gegen ihre arbeitslosen Kollegen aufmerksam zu machen. Über auch welchen gesundheitlichen Schäden sie sich bei einer solchen Ueberstundenzahl aussetzen.

Der Abwehrkampf in der Karosseriebranche.

Abgelehnte Verbindlichkeitserklärung.

Die ausgesperrte Belegschaft der Karosseriebauer Schebera, Tempelhoj, nahm am Montag vormittag den Bericht des Betriebsrats Holzrichter über die erneuten Verhandlungen zur Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vom 16. Dezember entgegen. Die Unternehmer wollten den Tariflohn von 1,05 M. auf 95 Pf. und die Akkordbasis von 1 M. auf 80 Pf. herabdrücken. Der Schiedspruch sah dagegen eine Verlängerung des Lohnabkommens mit vierwöchiger Rindigungsfrist vor. Die Arbeiter erklärten sich für diesen Schiedspruch, die Unternehmer aber dagegen. Bei den ersten Verhandlungen über eine Verbindlichkeitserklärung vom 28. Dezember wollten die Unternehmer sich mit einer zehnprozentigen Herabsetzung der Akkordbasis begnügen, anstatt deren Kürzung um 20 Proz. Eine Vollversammlung der Karosseriearbeiter am 30. Dezember lehnte auch den Lohnruhr von 10 Proz. ab und forderte erneut die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches. Die abermaligen Verbindlichkeitsverhandlungen am Mittwoch voriger Woche haben ebenfalls zu keinem Resultat geführt, da der Schlichter die Voraussetzungen der Verbindlichkeitserklärung (Lebenswichtigkeit) nicht für gegeben erachtet. Die Situation ist nun nach wie vor dieselbe. In der regen Diskussion brachten die Versammelten zum Ausdruck, daß sie fest entschlossen sind, den ihnen aufgezwungenen Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen. Trotdem der Kampf schon über vier Wochen anhält, steht die

Front noch so fest wie von Anfang an. Die Karosseriearbeiterchaft ist geschult genug, um, wenn es sein muß, auch einen Kampf von längerer Dauer durchzuführen. Sie hat es in früheren Kämpfen bewiesen.

„Die schönste Warenhausverkäuferin.“

Es mutet wie eine Herausforderung der Warenhausangestellten an, wenn man in der bürgerlichen Presse die Ankündigung eines Lokals in der Friedrichstadt findet, daß in diesen Tagen ein Wettbewerb der Warenhausverkäuferinnen erfolge. In dieser Zeit der wirtschaftlichen Not und Arbeitslosigkeit haben die Warenhausangestellten den Kopf wahrhaftig mit anderen Dingen voll und werden wohl sehr wenig Interesse dafür aufbringen, wer unter ihnen die Schönste ist. Hinzu kommt, daß die Teilnahme an diesem Wettbewerb nicht nur für solche Angestellte möglich sein dürfte, die — wie der Berliner sagt — „gut in Schale“ sind, d. h. die notwendige Eleganz hinsichtlich Schuhwerk und Kleidung entfalten können. Welche Verhöhnung der Angestellten in dieser sich schweigenden Voraussetzung liegt, geht am besten aus dem Tarifvertrag selbst hervor: Mit Monatsgehältern zwischen 70 und 150 Mark dürfte man auch ohne arbeitslose Angehörige, die fast heute in allen Familien mitzuhalten sind, keine großen Sprünge machen können. Und so gilt die Aufforderung an die Warenhausverkäuferinnen, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen, lehten Endes nur denjenigen, die es auf irgendeine Weise verstehen, sich Nebeninkünfte zu verschaffen. — Ein Kommentar erscheint uns überflüssig.

Die organisierten Warenhausangestellten haben mit derartigen Wettbewerben nichts zu schaffen. Der Zentralverband der Angestellten, die freigewerkschaftliche Interessenvertretung der Warenhausangestellten, hält es sogar für seine Aufgabe, mit aller Deutlichkeit von dieser Veranstaltung abzurücken. Hier heißt die Parole: Niedriger hängen!

„Die Aussperrung der Bremer Stuhlrohrfabrikanten.“

Zu unserer Drahtmeldung vom 8. Januar aus Bremen, die mit vorstehender Ueberschrift in Nr. 12 des „Vorwärts“ erschien, erhalten wir von dem Geschäftsführer der Vereinigung von Arbeitgeberverbänden im Unterwesergebiet eine Berichtigung „gemäß § 11 des Pressegesetzes“. Obwohl die Legitimität dieser Vereinigung als Berichtigende im vorliegenden Falle nicht ausreicht, nehmen wir im Interesse der Sache von der Berichtigung Notiz.

Die einstweilige Verfügung sei durch das Urteil des Landgerichts Bremen vom 7. Januar insoweit aufrecht erhalten worden, als es der Bremer Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes und ihrem Geschäftsführer

bei Verübung einer für jeden Fall der Ueberschreitung vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe oder Strafe der Haft verboten ist, fernerhin in Flugblättern oder Zeitungen und Zeitschriften die Namen der Arbeitswilligen, die bei den Stuhlrohrfabriken in Bremen und Burg arbeiten, mit oder ohne Anknüpfung zu veröffentlichen. Nachdem die bisherige Streikleitung vor dem Termin am 7. d. M. zurückgetreten war, konnte die einstweilige Verfügung gegen ihre Mitglieder naturgemäß nicht aufrechterhalten werden.

Die Berichtigung gibt zu, daß die einstweilige Verfügung auf Verbot der Streikpostenaufstellung aufgehoben ist. Die Namen der Streikbrecher sind ohnehin bekannt und werden, falls erforderlich, von den Aussperrten auch weiterhin hinreichend bekanntgemacht werden. Bezeichnend ist, daß die Herrschaften, die für sich das Recht der Aussperrung in Anspruch nehmen, alle Hebel in Bewegung setzen, um die Aussperrten zu verhindern, sich dagegen zu wehren. Wenn der Signifikus der Unternehmer statt dessen mit gleichem Eifer sich um die Beilegung des Konflikts bemüht hätte, wäre der Streit wohlkeimlich längst beigelegt. Doch trotz aller Scharfmacherei der Arbeitgebervereinigung werden die Aussperrten den Kampf weiterführen.

Wachung, erwerbslose Buchdrucker! Von kommunistischer Seite wird durch ein „vorbereitendes Komitee“ durch Hanzeittel für eine Versammlung der Arbeitslosen zum Mittwoch, den 18. Januar, in den „Sophienböden“ Propaganda gemacht. Da es sich um eine von unerantwortlicher Seite einberufene Versammlung handelt, machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß Beschlüsse, die eine solche Versammlung fassen würde, von der Organisation nicht anerkannt werden, auch mit eventuell dort gewählten Delegationen nicht verhandelt wird. Der Gewerkschaftsvorstand.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten N.-O. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Kochgruppe der Wäher. Am Donnerstag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in den Reihens-Hellhöfen, Mittelsbergsammlung, Vorraum des Kolonnen Schilde, Kochausstellungen. Die Kochen werden erstickt, ihre Frauen zu dieser Versammlung mitzubringen. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. Die Kochgruppenleitung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arjus Galtrams; Gewerkschaftsbewegung: Reich. Galtrams; Familien: Dr. John Schlemmer; Soziales und Sonstiges: Aris Karst; Frauen: Th. Glaser; (ämtlich in Berlin). Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Die 2. Auflage und „Unterhaltung und Wissen“.

Die XXII. Legion, die ihr Standquartier bei den Emser Thermen hatte, gebrauchte schon das Emser Wasser, berühmt als Vorbeugungs- und Heilmittel bei Katarrhen, Asthma, Husten, Hysterie, Verschleimung, Grippe und Grippefolgen, Magensäure (Goddrennen), Harnsäure usw. Die letzten Generationen haben außerdem noch das natürliche Emser Quellgas und die echten Emser Pastillen zur Verfügung. Die echten Emser Heilmittel sind überall erhältlich, in einschläg. Geschäften auch das hervorragende Zahnpflegemittel Emsoolith, das Zahnsteinansatz verhindert. Aber achten Sie stets auf die bekannte Schuymarle Emal.

Overstolz

in der neuen
Packung



Die meistgerauchte
5 Pf.-Zigarette Deutschlands.

WER IST KENNER ?

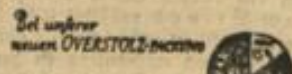
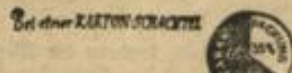
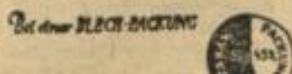
IN DEUTSCHLAND werden noch nicht 10% teure Zigaretten geräucht, über 90% des Konsums entfallen auf die Preislagen bis einschliesslich 5 Pf. das Stück. Das ist aber angesichts der wirtschaftlichen Lage Deutschlands nicht so bemerkenswert wie die Tatsache, daß gerade in Deutschland die sogenannten billigen Zigaretten mit einer luxuriösen Packung versehen werden, um sie wenigstens äußerlich den teuren Zigaretten ähnlich zu machen.

Der Raucher, welcher aus Mangel an Fachkenntnis solche Marken bevorzugt, verleiht gar glaubt, durch Benutzung einer teuren Packung als Kenner zu gelten, weis nicht, daß er seine Vorlieben für Ausverkauften MIT EINER GROSSEN EINBUSSE AN QUALITÄT BELAHEN MUSS, denn gerade bei der stark beworbenen 5 Pf.-Zigarette ist der meht oder weniger große AUFWAND FÜR DIE PACKUNG ausschlaggebend für die Qualität.

DER WIRKLICHE KENNER wertet seine Sachkenntnis dadurch, daß er für sein Geld nicht eine wertvolle Hülle, sondern einen wertvollen Inhalt verlangt.

HAUS NEUERBURG a.H.G.

So verteilen sich bei einer 5 Pf. Zigarette die Kosten für Packung und Tabak



Der Prozeß der Aktiensfälscher.

Die Erschwindelung der Kredite.

Nach längerer Beratung beschloß das Gericht zunächst, den Konkursverwalter Freund von der Verpflichtung eines Sachverständigen zu entbinden. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Feldbahn, wandte sich dann gegen die in verschiedenen Zeitungen erscheinenden Zeichnungen der Angeklagten und unterlagte den Zeichnern jede weitere Tätigkeit im Gerichtssaal.

Staatsanwaltschaftsrat Kasper: Den Angeklagten Kössner, der Wert darauf legt, als Baron von Blumenthal bezeichnet zu werden, bitte ich zu fragen, was er für die Adoption gezahlt hat und aus welchen Gründen er sich hat adoptieren lassen." R.-A. Dr. Brandt: „Der Angeklagte Kössner legt gar keinen Wert auf den Vornamen.“ Es entspinnt sich über diesen Gegenstand eine längere Diskussion, in deren Verlauf der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Brandt gegen die Vermutung des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Kasper, daß Kössner mit dem Adelstitel Schwindeln in der größten Stille beabsichtigt habe, scharf protestiert, weil der Staatsanwalt dafür nicht einen Schatten des Beweises habe. Nach diesem Zwischenfall wandte sich die Beweisaufnahme dem Hauptteil der Anklage, der Erschwindelung der Fürstenwalder Kredite, zu, durch die die Stadtparkasse in Fürstenwalde um etwa 500 000 Mark geschädigt worden ist. Bei der Gewährung der Kredite auf Grund der Aktienpakete mit falschen und wertlosen Aktien hatte der mitangeklagte Sparkassendirektor Dauber mitgewirkt, und er hat sich wegen Bestechung und Betruges zu verantworten. Dauber war mit dem Angeklagten, Werner Jacobi, befreundet. Jacobi war auch mit der Batavia wegen Vermittlung von Krediten in Verbindung gekommen. Er vermittelte nun auch die Bekanntschaft von Kössner, Böck und Römer mit Dauber. Wie der Angeklagte Kössner angibt, wurde Anfang Juni 1924 zum ersten Male mit Dauber verhandelt. Es sollten Aktien in Depot gegeben und beliehen werden. Dabei kam zur Sprache, daß die Batavia für ihre Besolth-Verfahren eine Fabrikvermehrung erstrebe und dabei machte Dreubler den Vorschlag, in Kettchendorf die Viktoria G. m. b. H., die zum Verkauf stand, zu erwerben. Der Angeklagte Kössner schildert dann, daß das erste Aktienpaket am 18. Juni der Sparkasse übergeben wurde, und daß man darauf 10 000 Mark Kredit erhielt, wozu ein Teil zur Anzahlung für den Ankauf des Fabrikgrundstückes verwendet wurde. In der Folgezeit, Juli-August bis Anfang Dezember, wurden immer größere Posten Bremer Wollkämmerei-Aktien sowie Magdeburger Bergwerksaktien in Depot gegeben und darauf Beleihungen erteilt. Neben den gefälschten Aktien waren in den Aktienpaketen auch größere Posten von echter, aber wertloser Aktien. Auf eine Frage eines Beisitzers erklärte Kössner, daß die gefälschten Aktien Phantasiedrucke darstellten. Man habe richtig angenommen, daß eine Provinzialbank die echten Aktien nicht kennen werde, da in der Inflationszeit eine Unmenge von Aktien auf dem Markt erschienen seien.

Nach der Pause gab der Angeklagte Werner Jacobi eine mehrstündige Schilderung der Entwicklung seiner Beziehungen zu der Batavia und über die Entwicklung der durch ihn vermittelten Beziehungen mit der Fürstenwalder Stadtparkasse. Er sei beauftragt worden, Kredite auf Depots von Aktien, die durch einen Notar hinterlegt worden seien, zu beschaffen. Da ihm das nicht möglich war, habe er vorgeschlagen, mit dem Sparkassendirektor Dauber in Fürstenwalde zu verhandeln. Dauber habe sich dann auch bereit erklärt, Aktien in Depots zu nehmen und Kredite einzuräumen. Vorher sei auf Vorschlag Daubers die Viktoria G. m. b. H. mit den dazugehörigen Fabrikgrundstücken für 35 000 Mark erworben worden. Dauber habe zuerst 3700 Mark Provision und im ganzen etwa 15 000 Mark erhalten. Er, Werner Jacobi, wurde Geschäftsführer der Viktoria-Gesellschaft. Zunächst habe er ausgläubig die Aktienpakete nach Fürstenwalde gebracht. Erst später habe er bei einem Vergleich mit dem Depositen die Fälschungen gemerkt und nun nicht mehr zurück getrennt. Staatsanwaltschaftsrat Kasper verlangte von dem Angeklagten Auskunft, wo die ungeheure Summe von nahezu einer Million Mark, die als Kredite auf die Aktienpakete bei der Fürstenwalder Sparkasse an verschiedenen Stellen ausgenommen worden sind, geblieben seien. Wenn die Angeklagten keine glaubhafte Erklärung hierfür abgeben könnten, müßte er annehmen, daß ein großer Teil des Geldes noch in ihrem Besitze sich befinde. Der Angeklagte Werner

Jacobi rechnete vor, daß die Gelder zum Teil auf das Konto von Blumenthal gegangen seien, zum anderen Teil zu Rückzahlungen für andere Kredite und zur Beteiligung am Holzhandels- und für Grundstückserwerbungen benutzt worden seien. Der weitere Angeklagte Günther Jacobi wurde aus seinem Beruf als Kontador von seinem Bruder herausgerissen und zum Buchhalter der Viktoria ernannt. Der Angeklagte erklärte, daß er als Botenjunge angestellt worden sei. In die Bücher habe er nur eingetragen, was ihm diktiert wurde. Bsp.: Haben Sie nie selbständig Eintragungen gemacht? Angell.: „Nur einmal, aber da war es nicht richtig.“ (Heiterkeit.) Staatsanwalt: „Hat der Angeklagte sich keine Gedanken gemacht, woher sein Bruder, der vermögenslos war, die vielen Aktien hatte?“ Angell.: „Von Geschäften hatte ich keine Ahnung.“ Rechtsanwalt Heinrich Werthauer stellte darauf den Antrag, den Haftbefehl gegen Günther Jacobi aufzuheben. Es habe sich zur Genüge erwiesen, daß er nicht Mittäter sei, sondern nur mitgeschleppt worden sei. Der Angeklagte befinde sich seit 12 Monaten in Untersuchungshaft. Ein Beschluss über die Haftentlassung wurde zunächst zurückgestellt. Heute kommt der Fall der Fälschung der Eisenfelder Glanzaktien zur Erörterung.

Auf der Auktion.

Der ungeheißte, verräucherte Saal ist leicht erwärmt von der Hitze der dichtgedrängten Menschen. Die meisten stehen, einige haben vor Beginn der Vorstellung einen Parteitisch auf Stühlen und Klüppeln errichtet. Auf wie lange? — denn auch diese Sitzgelegenheiten gehören zur Versteigerungsmasse. Die Luft ist wie geladen mit elektrischen Spannungen, man tarzt sich gegenseitig, hier fühlen sich nicht Verkäufer, sondern die Käufer als Konkurrenten. Man ist beruhigt, wenn das Auktionsamt die Witzbitter auf nicht allzu große Zahlungskraft schließen läßt, wird aber in diesem Punkte oft getäuscht, da stets eine Reihe von Händlern darunter ist. — Mit Rippesachen, Basen, Services usw. setzt das Prälimium ein. — meistens ein schauriger Riisch, der selbst die paar herauspringenden Mark nicht wert ist, zumessen aber auch ein künstlerisch wertvolles altes Stück, das der Kenner, der echt und Talmi zu unterscheiden weiß, verstoßen schmunzelnd nach Hause trägt. In der Möglichkeit solcher Zufallstreffer besteht eben der Reiz der Auktionen, dieser Abfallerwartungsanstalten des Warenverkehrs. Dauert dem verehrten Publikum indessen die Beschäftigung mit dem kleinen Marktstrom zu lange, so gibt es seinen Unwillen durch Zurufe deutlich zu erkennen. Um es bei Laune zu erhalten, bringt der Mann mit dem Hammer zwischen durch einen Lederfessel, einen Schrank und dergleichen. Nun hat das Steigerungsfieber alle, Käufer und Nichtkäufer, ergriffen. Immer wieder bei demselben Gegenstand fällt das schicksalsschwere „Zum ersten, zum zweiten und ...“ in den Raum. Immer zaghafter werden die Gebote ausgesprochen, gleichsam aus einem tiefen seelischen Zwiespalt heraus: möchtest du doch nicht der letzte sein! (in Gedanken an das schwach gefüllte Portemonnaie) und: möchtest du der letzte bleiben! (im Hinblick des lebenden, heiß begehrten Gegenstandes). Gemischter Gefühle voll entfernt sich ein solcher „Sieger“ von der Auktion. Das beste an allen Auktionen aber sind die Männer mit dem Hammer. Ein richtiger Auktionator ist einer der Hauptpersonen des mächtigen, wirklichkeitsgewandten Großstadthumors. Auf jeder Fiedel lacht er zu fragen, um sie für eine „Weinabe — Strabardi“ zu erklären, die nicht echten Pervertierpläne sind bei ihm echt — deutsch, zeretzte Gebetsbrücken kommentiert er: „Je abjektiv sie sind, je wertvoller sind sie,“ um uns zwischendurch immer wieder zu versichern: „Allens Jeschenti, wenn Se's Geld nicht rechnen!“ In kritischen Fällen verliert er es vor dem entscheidenden Hammerschlag mit den Brücken und fängt an zu zählen: „Zweieinhalb, zweidreiviertel“ usw. Ein guter Auktionator weiß nicht nur sein Publikum richtig einzulagieren, sondern auch bis zum Schluß in vergnügter Laune zu erhalten. Und die früheren Besitzer der versteigerten

Herrlichkeiten? Wenn sie der Auktion beizuhören, mag ihnen dieses Stückweise Verfeilschen und Versteigern der für sie mit tausend lieben Erinnerungen beladenen Sachen wie Tempelschändung erscheinen. Bittere Stunden, bitterer noch, zumal für die Frauen, als die Zeit des materiellen Zusammenbruchs, die diesem letzten Schritte vorausging. Aber das Leben der Großstadt geht seinen Gang, unerbittlich, ohne Sentimentalität, über das Schicksal des einzelnen und und Schwachen hinweg. . .

Die unzulänglichen Berliner Brücken.

Folge des wachsenden Binnenschiffverkehrs.

Das Anwachsen des Binnenschiffverkehrs in der letzten Zeit, das sich auch in einer vermehrten Ausnutzung und Vergrößerung der Schiffsräume auswirkt, hat das Wasser- und Brückenbauamt der Stadt Berlin vor die schwierige Aufgabe gestellt, sich diesen neuen Verhältnissen anzupassen. Während bis vor kurzer Zeit auf den Berliner Gewässern nur Jollen bis 300 Tonnen Laderraum fuhren, sind jetzt Schiffe mit 500 bis 600 Tonnen Rauminhalt keine Seltenheit mehr. Darüber hinaus sind aber Schiffe im Bau, die 1000 und mehr Tonnen Rauminhalt aufweisen und die gleichfalls die Spree und die Berliner Kanäle befahren werden.

Die Berliner Brücken, die alle mehr als 30 Jahre alt sind, werden einem derartigen Verkehr nicht mehr gewachsen sein und es ergibt sich die Notwendigkeit, die Durchfahrten, die augenblicklich die großen Schiffe behindern und zu Umwegen zwingen, zu vergrößern. Aus diesem Grunde müssen die Waisen-, Schillings- und Oberbaumbrücke vergrößert werden. Als ganz besonders notwendig hat sich aber die bauliche Veränderung der Friedrich-Karl- und Alsenbrücke erwiesen. Diese Brücke, die eine ganz veraltete Gußeisenkonstruktion hat, ist vor etwa 60 Jahren erbaut und wies ursprünglich zwei schmale Durchfahrten zum Humboldt-Hafen auf, die in den neunziger Jahren um eine dritte, etwas breitere vermehrt wurden. Auch diese Durchfahrt ist jetzt schon zu schmal geworden. Anfang 1900 wurde die Alsenbrücke, die damals schon den Anforderungen nicht mehr genügte, erneuert. Jetzt hat man nun beide Brücken abgerissen, da sie bausäufig und für den anwachsenden Schiffsverkehr nicht mehr brauchbar waren. Die Eisenkonstruktion der Alsenbrücke, die noch sehr gut erhalten ist, soll an anderer Stelle Verwendung finden. Von dem Wiederaufbau der Alsenbrücke will man jedoch Abstand nehmen, da für diese ein direktes Bedürfnis nicht mehr vorliegt. An Stelle der alten Friedrich-Karl-Brücke soll eine 170 Meter lange und 12 Meter breite Hängebrücke errichtet werden, die im Prinzip der Kölner Rheinbrücke gleichen soll. Für die Schiffsahrt wird in der Mitte eine 96,3 Meter breite und 450 Meter hohe Durchfahrt geschaffen, die auch ziemlich großen Schiffen Raum bietet. Daneben werden zwei seitliche Durchgänge von je 36,9 Meter Breite für die Labelfahrt des Humboldt-Hafens errichtet werden. An der einen Uferseite ist man gegenwärtig mit dem Abbruch der Brücken beschäftigt, während auf der anderen schon die Ausbaurbeiten vorgenommen werden. Trotz eifriger Arbeit wird es aber kaum gelingen, die neue Brücke vor Mitte des nächsten Jahres fertigzustellen. Der Fußgängerverkehr wird bis dahin durch eine Notbrücke aufrechterhalten werden.

Der zweifeldige Tunnel unter der Friedrichstraße.

Der Magistrat legt den Stadtverordneten jetzt den von uns schon erwähnten Plan vor, zwischen den Nord- und Untergrundbahnhöfen „Friedrichstadt“ den unter der Friedrichstraße von der Leipziger Straße zur Mohrenstraße führenden Tunnel zweifeldig auszubauen, damit für die in dem bisher einfeldigen Tunnel aus beiden Richtungen aufeinanderprallenden Massen der einfließenden Fahrgäste eine Trennung möglich wird. Von dem Bahnsteig der Nordbahn soll man künftig ohne Treppe in das obere Stockwerk des Tunnels gelangen, während aus dem unteren Stockwerk eine Treppe zu diesem Bahnsteig hinaufführt. Eine ähnliche Anlage gibt es bereits am Bahnhof „Papststraße“, wo gleichfalls ein Tunnel mit Trennung der Verkehrsrichtungen besteht. In dem Tunnel unter der Friedrichstraße ist vor seiner Einmündung auf den Bahnhof in der Mohrenstraße eine zunächst gemeinsame Zu- und Abgangstreppe vorgesehen, die auf 3,90 Meter verbreitert wird. Erst auf dem Zwischenpodest wird hier der Umsteigeverkehr getrennt. Die Kosten dieses Umbaus sind auf 150 000 Mark veranschlagt. Eine gründliche Lösung der Verkehrsschwierigkeiten könnte durch Verchiebung des Nordbahnhofs nach der

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Mit Eva war er gut Freund. Sie waren sich viel allein überlassen. Die Kinder lagen hinten auf dem Altan, es war niemand sonst da. Sie setzten sich zusammen in den Salon und spielten den Herrn und die Frau vom Hause. Dann vergah Eva für Stunden ihr Schicksal, an dem sie krankte; sie lachte sogar aus vollem Halse. Rudi war so lustig, Rudi war so komisch, er rauchte, statt seine Arbeiten für die Schule zu machen, sagte, beim Rauchen fiele ihm schon alles von selber zu, er brauche es nicht zu lernen, und es sei doch alles nur blauer Dunst. Er sah dann im Sessel, legte Eva die Beine auf den Schoß und passie. Das war eigentlich sehr ungezogen und unschicklich. Eva sprang oftmals rasch auf, so daß seine langen Beine herunterfielen, und schalt, aber dann schmeichelte er ihr. Und sie wollte nicht Spielverberberin sein, sie ging auf seinen Ton ein und lachte. Ihr Lachen kam nicht von Herzen, das Herz wußte nichts davon; aber es war immerhin doch ein Lachen, und es zerfreute.

Rudi war ein leidenschaftlicher Raucher, keiner in der Untersekunda rauchte soviel wie er. Er verbrauchte sein ganzes Taschengeld. Eines Tages bettelte er Eva an: „Streck du mir doch was vor für Zigaretten!“

„Ach habe ja nichts.“
„Doch hast du.“ Er blinzelte nach dem alten Portemonnaie hin, das auf dem Piano lag. Frau Lämmlein hatte es hingelegt, ehe sie bald nach Tisch fortging: „Zwei Mark sind drin, Eva. Holen Sie Wurst raus und ein Viertel Butter zum Abendbrot, und ein paar Flaschen Bier!“

„Gib mir 'ne Mark davon,“ schmeichelte er. „Eine Mark nur, Cochen!“

„Wie kann ich das?“ Sie war ernstlich betroffen: was fiel ihm bloß ein?
Er lachte sie zärtlich um: „Du gibst mir 'ne Mark, nicht wahr? Für die andere holst du dann ein, und wenn du nicht genug hast, kannst du ja einfach beim Kaufmann schuldig bleiben. Und dann sagst du nachher zu Tante, du hast die eine Mark verloren.“ Er nahm sich schon die eine Mark. Und als sie ihm die wieder entreißen wollte, laut aufschrie, sprang er mit einem gewandten Satz aufs Brett des geöffneten Fensters: „Ach springe herunter, wenn du sie mir nicht läßt!“

Und auch wenn du Tanten ein Wort davon sagst, springe ich herunter — das schwöre ich dir!“

Da übermannie sie ein heftiger Schreck: der tolle Junge! Wahrhaftig, der wäre imstande, das zu tun! Sie packte ihn an der Wade, sie rief ihn zurück, und dann fiel sie in einen Sessel und hielt sich die Augen zu. Vor ihr gähnte eine schauernde Lücke, sie sah sich selber auf der Fensterbank — ah, da war der Abend wieder da, jener stille Abend unter nächtlichem Himmel, der so schön war, und der ihr doch soviel Leid gebracht hatte! Wieder stieg es lodend aus dunkler Tiefe, es wintte, es zog sie — sie mußte sich hinabstürzen und wollte doch eigentlich nicht. Es war eine Gewalt in ihr, die stärker war als ihr eigener Wille.

Sie schrie: „Nicht, nicht!“ Sie hielt noch immer die Hände gegen ihre Augen gepreßt, ihr war sehr schwindlig. „Na, siehste!“ Rudi sprang herab vom Fensterbrett. „Ach laufe jetzt rasch mal runter, hol mir Zigaretten herauf. Aber wenn du was sagst, dann“ — er hob den Finger und wies auf das Fensterbrett — „dann weicht, du, was ich tue!“ Sie weinte herzbrechend, aber sie hielt ihn nicht zurück.

Rud war ein Geheimnis zwischen ihnen. Eva litt darunter. So sehr ihr sonst die gemütlichen Nachmittage im Salon, allein mit Rudi, behagten hatten, um so viel weniger angenehm waren sie ihr jetzt. Sie hatte geradezu eine Scheu davor. Rudi wurde immer dreister; er verlangte jetzt öfter Geld von ihr, verlangte es wie sein gutes Recht. Und sie hatte nicht die Kraft, sich ihm zu widersetzen, denn dann sprang er gleich wieder zum Fenster, trat weit hinaus auf die äußere Fensterbank, hüpfte da herum, stand auf einem Bein, streckte das andere weit in die Luft, schnitt Ormassen, trieb allerlei halsbrecherischen Unfug, so daß sie vor Angst fast umkam. Ihr Herz klopfte rasend, jeden Augenblick glaubte sie ihn hinabstürzen zu sehen, glaubte selber zu stürzen, empfand alle Qualen der eigenen Schwäche, fand aber nicht die Energie, zu sagen: „Reinnetwegen, dann spring runter!“

Er lachte sie zum Schluß immer aus, aber sie konnte nicht mitlachen, sie weinte jedesmal. Es drängte sie oft, Frau Lämmlein alles zu gestehen — ach, daß die doch gar so oft ausging!

Frau Lämmlein hatte jetzt einen Begleiter gefunden, der Mann einer guten Freundin von mir,“ erzählte sie. Er hielt sich nur kurz in Berlin auf, sie mußte sich ihm widmen und ihm die Sehenswürdigkeiten zeigen. Nun blieb Rudi auch Sonntags zu Haus, denn Frau Lämmlein nahm

den Neffen jetzt nicht mit auf ihre Ausflüge; so waren also auch die Sonntagsmittage keine Ruhepunkte mehr für Eva; es gab kein Sichergehen.

Und jetzt wußte Eva auch, was das für Kinder waren, die hier unter Frau Lämmleins sorgfältige Obhut gegeben waren. Der Kaufmann an der Ecke, bei dem sie nun schon so und so oft etwas schuldig geblieben war, war ein hoferrischer Mann, er ärgerte sich immer, daß die Lämmlein ihrem Mädchen, diesem vorrangigsten jungen Ding, das nur leise vordrängte, was es holen sollte, sehr oft nicht genügendes Geld mitgab. Dieser Kaufmann schimpfte laut: „Immer zieht sie los, alle Tage seh ich sie hier vorbeirennen, immer fein angezogen. Und zu Hause läßt sie die Kinder im Dreck verkommen, diese unglücklichen Würmer, von Geburt an unglücklich, vordem sie ans Tageslicht kamen!“

Eva hatte nicht gefragt: „Warum sind sie so unglücklich, und schon vor ihrer Geburt unglücklich?“ Sie brauchte es nicht zu fragen, sie wußte sich selber die Antwort. Am Bett der kleinen Ida kniete sie nieder, nahm weinend das blondlockige Köpfchen an ihre Brust und streichelte es zärtlich.

Wen jetzt ab gab sie sich viel mehr Mühe mit den Kindern. Sie war längst nicht mehr so lässig bei dieser Arbeit. Waren die alle denn nicht wie ihre Geschwister, ihr nah, ach so nah verwandt?!

„Schukten Sie sich doch nicht so ab,“ sagte die Lämmlein. „Es ist wirklich nicht nötig, daß sie die Kinder gmal am Tage waschen — wer kann das denn durchführen? Die werden ja viel zu sehr verwöhnt!“

Verwöhnt, verwöhnt —?! Eva hatte einen bitteren Geschmack auf der Zunge und ein bitteres Gefühl im Herzen: das Leben verwöhnte einen schon nicht. Mit einer unendlichen Trauer sah sie oft auf die Kinder, die niemand besuchte, die von niemand geheert wurden, die hier lagen wie auf einer fernem Insel im Ozean, die keiner Seele bekannt war. Ach, wenn sie nur nicht immer durch jeden Blick, den sie diesen armen Kleinen schenkte, erinnert würde an das eigene Schicksal! Sie seufzte unter der Last dieser Vergleiche, sie trug schwer daran — ach, wenn sie doch nur Fortkämme von hier!

Das kam rascher, als Eva gehofft hatte. Der Kaufmann an der Ecke hatte eines Mittags Frau Lämmlein gestellt. Gerade als sie fortellte im neuen Sommerhut, den ein Blumenkranz zierte. Er rechnete ihr vor, daß sie nun schon mit so und so viel Mark bei ihm im Buch stand, es war noch immer nicht alles beglichen worden.

(Fortsetzung folgt.)

Einer zu viel.

Von Erich Goltzgefer.

Diese Geschichte handelt außer von einem Radioapparat, der aber erst zum Schluß auftritt, von einem Chauffeur, einem Monteur und einer Frau. Es ist klar, daß es zwischen den dreien etwas gibt. Was dieses etwas ist, rät heutzutage schon fast jedes Kind, aber niemand wird behaupten, daß die Häufigkeit der Liebesaffären reizgebend wäre oder gar für die Betroffenen im Einzelfalle schmerzstillend sein könnte. Es kann einer tausend Liebesdramen im Kino gesehen haben, doch wenn ihm das Schicksal selbst einmal eine Rolle zudrückt, wird er ein ungeschickter Melodant sein, der sich hilflos nach einem Regisseur umschaut, ohne ihn zu finden, wenn er ihn nicht gleichsam in sich trägt. Immerhin: es gibt Menschen, die mit Humor, mit Heiterkeit das Leben, auch wenn es freudlos ist, meistern; sie sind selten, sie sind zu beneiden.

Der Chauffeur war ein im Grunde wenig heiterer Mensch, obwohl er sich noch größerer Leichte redlich schützte. Keiner kann jedoch wider seine Natur, und was man so von der Macht der Selbsterziehung sagt, gilt, wenn überhaupt, nur von seelisch ganz gesunden Menschen. So einer war der Chauffeur nicht. Diese Zeit und die Lebensweise, zu der sie ihn drängte, hatte ihn zermürbt. Ganz ganz anders war das Berufsziel des Bürgerjohns gewesen. Arzt wollte er ursprünglich werden, vor allem aus ethischen Gründen, aber auch, weil er zu dem Handwerklichen, das die medizinische Tätigkeit erfordert, Talent besaß. Alles wurde anders. Der hölzernen Schulausbildung war die eiserne des Krieges gefolgt, dem elterlichen Wohlstand des Friedens die Hungerqual der Woffenzeit und die Armut der Inflation. Mander ergriff in diesen Jahren einen Notberuf, und Chauffieren ist wohl der schlechteste und freudloseste noch nicht. Besonders nicht, wenn die Aussicht besteht, eines Tages doch wieder umfaßen zu können. Diese Aussicht bestand und der Chauffeur las in seiner Freizeit fast nur medizinische Bücher; nur, daß die Freizeit meist unerhört knapp war, denn der Chauffeur war bei einem Kraftdroschenunternehmer angestellt, einem harten, engherzigen, verdienstgierigen Kleinkapitalisten, dem keine paar Arbeitnehmer weniger wert und wichtig waren als seine Motoren. Heute, so sagte er sich, sind Menschenkräfte schneller und billiger zu ersetzen als Maschinen. So hatte der Chauffeur anstrengenden Dienst, zehn, zwölf, manchmal sogar vierzehn und fünfzehn Stunden am Tag. War er „frei“, mußte er irgendwo auf Fahräfte warten, so mußte er lesend und lernend die Zeit.

Ein wenig war der Chauffeur verbittert. Deutlich sah er gerade bei seiner Tätigkeit die tragische Gemeinheit eines schamlosen Schiebergeschäfts, das das Geld sinnlos zum Fenster hinauswarf, während Millionenmassen sich nicht satt zu essen, warm zu kleiden und wettlicher einzuwohnen mußten. Gerissenheit galt als Tüchtigkeit, Ehrlichkeit als Dummheit, Ernst als Träumerei. Unabsehbar war, wann wieder die Wertung der Werte einfiel. Melancholisch, langsam, sicher steuerte der Chauffeur seinen Wagen durchs Gemühl. Immer so, als wenn er am Venkud seines Lebens lähe. Das Autofahren wurde ihm allmählich zu seiner symbolischen Handlung. Gewiß, es war nicht sein Auto, das er fuhr. Aber war es denn sein Leben, das er lebte?

Eines Tages trat die Liebe in seine Welt, die große Liebe, die, wenn sie kommt, nur einmal kommt. Nur einmal, das andere sind Vorgeplänkel, Nachgedächte. Die Hauptschlacht, die alle Seelenkraft verlangt, wird nur ein einziges Mal geschlagen. Fast immer verlieren beide Teile. Der Friede ist selten Lösung, meistens Kompromiß. Manchmal heißt der Kompromiß Sichabsinden, schließlich Lebensheiterkeit, Tröchlembitterkeit. Aber das ist, wie eingangs schon gesagt, selten günstig. Diesmal griff die Liebe auch zu tief, als daß dem Chauffeur diese Lösung überhaupt möglich gewesen wäre.

Die Frau, die seine Sinne erfüllte, war die Tochter seines Chefs. Zunächst sahen sich die beiden und sprachen sich kurz, wenn der Chauffeur Freitag seinen Lohn abholte. Hin und wieder hatte er den Auftrag, die Tochter ins Theater zu fahren. Einmal kam er mit ihr ins Gespräch. Obwohl nicht gerade „Menschenkenner“, erfüllte er sehr rasch hohe menschliche Werte und den Adel einer Persönlichkeit, die zum Wesen ihres Erzeugers in keinerlei zu erratender Beziehung mehr stand. Es ergänzte sich hier der immerhin etwas sentimentale Charakter des Chauffeurs mit der kräftigeren Natur der Tochter. Sie hatten beide schnell herausgefunden, daß das Schicksal ihnen einen Platz angewiesen hatte, an den sie nicht gehörten, wenn schon die Tochter das zu glauben eigentlich nur aus Eitelkeit und Wechselstucht Veranlassung sah, und deshalb trachteten sie, diesen Platz schnellstens zu verlassen. Vielleicht gemeinsam.

Um diese Dinge wurde auf dem schlichten Zimmer des Chauffeurs manches Nachtgespräch geführt; öfters mit Stürmen der Qual, mit Tränen. Aber wenn zwei sich lieben, wirt alles Berede schließlich sad. Wie unabsichtlich verläßt im Zimmer die schwelende Kerze. Damit der Feuerrauch einer Liebesfeier um so festlicher glute.

Im Morgenrauen fand das heilige Mysterium etwas komischen Abschluß in Form töchterlicher Rückstucht in die eigene Wohnung; noch jedesmal gelang sie. Im gefährlichsten Moment, in dem der Vater durch ein Türgeknarr hätte noch werden können, trat die Tochter an dem Hof der Automotor alles übermutternd an. Die Tochter schloß nach zwei Stunden oder drei. Der Chauffeur fuhr stadwärts. Ein volles Jahr lang war er glücklich. Ein volles Jahr.

Dann kam eine Epoche der Ueberfättigung, der Entfremdung; von einer Krise hätten sie gesprochen, wenn sie verheiratet gewesen wären. Der Chauffeur fühlte sich zeitweilig irgendwie gelangweilt, enttäuscht. Der Tochter erging es ebenso. Zweifel quollen. Forderungen wurden geteilt. Niemand war schuld. Vielleicht nur das große Unheimliche, die „Zeit“. Ein Auseinanderleben bewegte auf einmal die beiden, wie das ähnlich schon Millionen von Liebenden bewegt haben mag. Aber auch die millionenfache Beobachtung läßt uns Regeln nur ahnen, nicht klar erkennen. Und wähle man selbst klärende, treffende, wissenschaftliche Worte um die Liebeslockerung — wäre Schmerz damit gelindert? Es gibt Leiden, denen sich der Bewußtdurchstürme auf keine Weise entziehen kann; das Liebesleid ist das pockenartige, langwierigste wehl.

Keiner wußte, was zwischen ihm und dem anderen lag. Bisweilen schien es, als ob es eine unüberquerbare Schlucht wäre. Oder dann hatte der eine die Empfindung eines unüberwindlichen Rebels. Ueber den Chauffeur, dessen Liebe im Grunde wohl gar nicht gedämpft, sondern von einer rätselhaften Macht nur gehemmt war, kam schließlich ein großes Trauern und — ein großes Wirren in mühseligen Taggetriebe: er fuhr eine Zeitlang umwege, pflegte den Wagen nicht korrekt, vergaß Damen beim Ein- und Aussteigen behilflich zu sein, verrecknete sich bei den Fahrpreisen. Berufstrotz und Zukunftsgefühl, die er bisher bei seinen medizinischen Büchern

Deutschnationale Moral.



„Wir können ruhig jeden Brunnen vergiften. Die Hauptsache bleibt, daß andere die Reinigungs-kosten tragen.“

nach gefunden hatte, erfüllten ihn nicht mehr. Und seltener wurden die gefährlichen Momente, in denen das Gasbrüllen des Automotors unbedingt erforderlich war. Schließlich hörten sie ganz auf. Winter überließ das Land. Der Gang zum Chauffeur, der, wie wir wissen, die nächtliche Doppelüberquerung eines offenen Hofes notwendig gemacht hatte, ließ die Tochter angeblich Erfüllung fürchten. . . .

Frühling. Städter sagen nicht ungern, daß sie auf alle Frühlingsromantik pfeifen, ja, daß sie sie gar nicht kennen. Aber daß das Frühlingsgebrüll in die Glieder fährt, auch in die Körper der Frauen, auch in die Leiber sonst schlechter Männer, werden selbst die Hypermodernen und Ueberintellektuellen, denen seit je der Hof des Erzählers gilt, nicht abstreiten. Im Chauffeur quirkte die Lust wieder hoch, aber in ihm erstand nicht nur Fleischesgier, sondern auch Liebe zur Tochter. Während der Chauffeur sichlich nach der jungen Frau sah und sich nach ihr sehnte, ließ sich die Tochter in neue, ganz andere Herzensnehe einfangen und das, wie so etwas eben kommt und auf einmal da ist, ohne sich ernstlich zu wehren. Sie sah für sich deutlich und ehrlich: ihr war die Sache mit dem Chauffeur aus. Ihr wurde der Unterschied gewahr, daß ihr Leidenschaft und Spiel zugleich gewesen war, indes die größere, bedingungslosere, befehlere Hingabe auf Seiten des Mannes gelegen hatte. Es fiel ihr nicht sehr schwer, ein neues Spiel zu beginnen, ein Spiel ohne tiefste Leidenschaft zunächst, ein Spiel vor allem mit aus Eitelkeit und Freude an der eigenen Kraft, Frische und Schönheit, ein Spiel aber, das im Chauffeur verständlicherweise Eifersucht wuchern und rasen ließ.

Es kam, wenn man sich so romantisch ausdrücken darf, der „Verführer“ ins Haus. Er war Monteur und die Notwendigkeit, ihn zu engagieren, lag vor, weil dem Kraftdroschenbetrieb eine größere Werkstatt für Autoreparaturen angeschrieben worden war. Der Monteur war ebenfalls etwas „Besseres“, wie er von sich selbst schuldigend zu sagen liebte, obchon der Erzähler eine solche Entschuldigung von seinem Standpunkt aus gewiß nicht für notwendig hält. Der Monteur hatte schon ein wildes Leben hinter sich, und wenn er von seinen Abenteuern erzählte, die ihn durch ein großes Stück der Welt geführt hatten und in Deutschland selbst in mehrere radikalpolitische verboten Organisationen hinein, zu denen ihn aber — so war es tatsächlich — nur das Romantische, nicht das Prinzipielle gezogen hatte, so fand er stets interessierte Zuhörer. Als er schließlich nach Berlin verschlagen wurde — diese Geschichte spielt in Berlin, wie wohl nicht schwer zu empfinden ist —, da widerfuhr ihm ein merkwürdiges Mißgeschick: er wurde eines bösen Tages als Doppelgänger eines gefuchten Lustmörders verhaftet und erst nach zwanzig Stunden wieder freigelassen, nachdem es ihm gelungen war, für die Wornacht mit Recht einen glaubwürdigen Alibibeweis anzutreten. So weit, so gut, aber die Sache war mittlerweile in die Zeitungen gekommen, ein tüchtiger Reporter hatte sogar das Schlagwort vom „Heruntergekommenen Studenten“ erfunden, so daß jeder, bei dem sich der Monteur, der vorher stellunglos gewesen war, um Arbeit bewarb, voller Mißtrauen abnickte. So mußte der Monteur froh sein, schließlich in der Automotorenstadt einen Verdienst gefunden zu haben. Er war ein guter Arbeiter, gewissenhaft, fleißig, und sein Chef, der sonst nicht ungern nörgelte, hatte kaum etwas gegen ihn einzuwenden. Wäre „der Alte“ freilich im Bilde darüber gewesen, wie schnell und wie heftig sich sein Monteur in die ihrerseits hierbei auch nicht ganz unbeteiligte und bisher als ganz naive Jungfrau geglaubte Tochter verschaut hatte, er würde „den Neuen“ schleunigst wieder entlassen haben, denn in diesen Dingen verstand er keinen, aber auch gar keinen Späß. Wenn schon einer auf meine Tochter Blicke wirft, so sagte er sich, müssen es Blicke für's Leben sein, muß er sie heiraten; zugegeben, im Dezentris des Monteurs lag das zunächst noch nicht. So, so war also dieser Vater; ach, er paßte schlecht in unsere Zeit. Die Tochter, der volle zwanzig Jahre lang natürlich eine recht dummbürgerliche Beziehung zuteil geworden war, hatte da viel schneller eingetern, ja sogar umgetern, umgelehrt. Der Chauffeur härmte sich um sie und Leid und Sehnsucht nach seiner Geliebten zerfrachten ihn förmlich, indes das Weib längst leuchtend beim Monteur lag, anfangs wohl mit einem schlechten Gewissen, dessen Wahngelächter jedoch bald von glühenden Sinnlichkeitsrausch überdünnt wurde. Sucht nicht Rotive, nicht „Gründe“! Der Monteur konnte jedenfalls der Frau in Dingen der Körperkunst unendlich viel mehr geben als der Chauffeur; er war hübscher, energischer, mannhafter und in allen Liebesangelegenheiten gewandter. Der Chauffeur hatte zwar ein viel größeres Wissen, aber das ist unwesentlich demgegenüber, daß der

Monteur mit weniger mehr zu blenden wußte; er war ein angenehmer Gesellschafter, war sehr galant, überhaupt in Umgang und Gespräch geschick — kurz und gut, in allem stach er den armen Chauffeur aus, der zwar niemals einen faux pas beging, sich aber dennoch zu aller Gesellschaftlichkeit und Geselligkeit irgendwie zwingen mußte, da er eben im Grunde ein Einsamer war, dessen Sehnsucht nach Zweisamkeit und nach Verständnis bei einer Frau leicht zu begreifen ist. (Schluß folgt.)

Besuch bei Heinrich Heine.

Von Hans Wesemann.

Das Auto hält vor dem Friedhof Montmarire. Hinter mir dudelt der Jahrmartensärm des Boulevard und hoch oben auf der Pont Caulaincourt donnern die Autobusse vorüber. Paris ist ganz nahe.

Ein kränkgebüster Wächter führt mich zu dem Grabe. Ringsum prächtige Steinbauten, Kapellen, Pyramiden, Bronzemonumente, alles in dem aufdringlich wohlhabenden Stile des 19. Jahrhunderts, kalt, solide und geschmacklos. Man attestiert sich die Zugedrigkeit zur guten Gesellschaft auch noch über den Tod hinaus! Und unter diesen Leuten, die er zeitweils verachtet hat, liegt Heinrich Heine. Das ist ein schlechter Witz, und es ist ein Trost, daß es ihm so jetzt egal sein kann.

In der Rue Duc, im 27. Arrondissement, steht sein Monument. Die freisinnige Wiener Gemeinde hat es geschenkt, es ist hübsch sentimental mit Leber und Lorbeerkranz auf dem Sockel und vielen frischen Blumen. Natürlich hat auch jeder Spender sich verewigt, von Frau Lockemann aus Cernowitz bis zu Epibaltes Keris aus Korinth geht der Zug der Berehrer. Und da steht auch ganz klein und ungeachtet „pauvre petit poete“ — armer kleiner Dichter! Das hat sicher eine jener vielberühmten „Rouges“ geschrieben, die einst die traditionellen Liebespenderinnen für die Pacifier Bohème waren und die heute nur noch auf dem Theater und in den fidelein Erinnerung unserer ältesten Großväter vorkommen.

Das alles könnte der Dichter sehen, wenn er die Augen aufschlöße. Er lähe auch gerade vor sich die schmutzige Straße mit den kleinen Hotels, wo abends die roten Lampen aufglühen, er lähe Fabrikschote, Mietskasernen und schwarze Brandmauern und alles das wie ein elter Bolyp um den kleinen Friedhof gelagert, bereit, ihn gänzlich zu erdrücken.

Aber er hebt den Blick nicht, er weiß warum, und ruht, den Kopf leicht geneigt, mit jenem inneren Sächeln, das sagt: „Jeder Mensch ist in seinem Leben einmal irgendwie komisch — aber Ihr, meine lieben deutschen Landeute mit Eurer fürchtbaren Ehrbarkeit und Eurem Ernst, Ihr seid das Euer ganzes Leben lang, und wist es nicht.“

Sie haben es ihm übel genommen, seine Landeute, daß er über ihre feierlichen Dummheiten gelacht hat, er könnte heute neben Klopstock und Geibel zum Lehrstoff für Schüler höherer Lehranstalten gehören, wenn er sich mit den deutschen Professoren besser gefieilt hätte — so muß er jetzt noch ihre Rasche in jeder Literaturgeschichte spüren „gewiß viel Talent — aber kein Charakter und unmoralisch“ —

Eine Glocke läut. Der Friedhof wird geschlossen. „Leb wohl — deutscher Dichter,“ er lächelt und schweigt. Die Toten sind geduldig, weil sie wissend sind.

Ich stehe auf der Straße. Spiel der Lichter. Autahupen. Eine Pacifier Dirne, schwarz und rot geschminkt, streift meinen Arm. Ein greifender Blick. Vergessen. Sie verschwindet in der Menge.

Musikalische Steine. Es ist noch recht wenig bekannt, daß es eine ganz Reihe von Gesteinsarten gibt, die die Eigenschaft besitzen, Widerhall und Töne hervorzubringen. Der sogenannte Klingstein läßt schon an seinem Ramen erkennen, daß er die Eigenschaft des Klingens in sich trägt. Der rote Granit, auch Rosengranit genannt, der sich vor allem in Thebais in Ägypten fand, ist vielleicht die Ursache von der Sage der klingenden Marmorssäule; denn auch er besitzt die Eigenschaften des Klingsteines und dient ja in mehreren Gegenden als hauptsächlichstes Baumaterial. Von den Granitfelsen an den Ufern des Drinoto wird uns berichtet, daß sie so musikalisch seien, daß die Wilden die Töne, die jene Felsen hervorbringen, als Auswirkung einer höheren Zauberkraft anstauen und daß auch die Missionare diese Felsen als Musikfelsen bezeichnen. Ein englischer Naturforscher teilt mit, er habe in Brasilien ungeheure Basaltblöde gefunden, die, wenn sie geschlagen wurden, helle Töne ausstrahlten. Bei den Chinesen werden solche klingende Basaltsteine zur Anfertigung von musikalischen Instrumenten benutzt und in Resonanz stellen vor etwa einem Jahrhundert schon ein Künstler ein sogenanntes Falschharmonikon aus, das aus lauter Steinplatten zusammengesetzt war, auf denen man jedoch nach Art des Igliphans schwierige Musikstücke zum Vortrag bringen konnte.

Kuinoße Profitpolitik der Unternehmer.

Ober: Worüber die Unternehmer nicht klagen.

Wo die deutschen Unternehmer um ihre Interessen kämpfen, begründen sie ihre Forderungen mit der Notlage, in der sich die Industrie befindet. Sie sind um Argumente nicht verlegen. Das beliebteste ist die Dividendenlosigkeit vieler Unternehmungen. Allen Einwendungen begegnen sie mit dem Hinweis auf den schlechten Stand der Aktienkurse. Wenn von Preisentwertung die Rede sein soll, fordern sie Einschränkung der Staatsausgaben, Senkung der Löhne und Gehälter, Verringerung der Soziallasten. Mit Recht ist aus der kürzlichen Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts über die Goldbilanzen, die für alle Zweige der Industrie eine ganz bedeutende Steigerung der Dividendenansprüche gegenüber 1913 festgestellt hat, die Forderung nach Herabsetzung der Profitansprüche der Industrie abgeleitet worden. Wie bekannt, hatten die Steinkohlenwerke ihr dividendenverlangendes Kapital um 32,7 Proz., Montanwerke um 33,4 Proz., Maschinenindustrie um 29,5 Proz., Textilindustrie um 24,5 Proz., chemische Industrie gar um 127,1 Proz. gegenüber 1913 erhöht, obwohl die Absatz- und Konkurrenzverhältnisse heute gegenüber der Vorkriegszeit für Deutschland viel schlechtere sind. Natürlich richtet sich nach diesen höheren Gewinnansprüchen auch die Preisfestlegung. Jede Preisentwertung muß daher bei der Ueberfortstellung der Industrie an den hohen Gewinnansprüchen scheitern.

Man hat diese überhöhten Gewinnansprüche bisher nur bemessen nach dem Mehron Geldkapital, für das die Industrie heute gegenüber 1913 Dividende verlangt. Berücksichtigt hat man noch nicht den höheren Prozentsatz, den die Dividendenbemessung heute gegenüber der Vorkriegszeit erfordert. Der Dividendenanspruch des Aktionärs ist ja zu Zeiten verschiedener Gesamtsituationen verschieden groß. Das Kapital fließt immer dorthin, wo der große Profit winkt. Haben wir z. B. am offenen Geldmarkt Zinssätze von 9 Proz. und mehr, aber nur Dividenden von nur 4 Proz., so ist es klar, daß das Kapital sein Geld lieber in Darlehen, Wechseln u. a. als in Aktien anlegen wird. Der Kurs der Aktien wird dann nun soweit sinken, daß sich auf den Kurzwert eine Verzinsung (Rendite oder Rendement) errechnet, die mindestens den Zinssätzen am offenen Geldmarkt entspricht; in unserem Falle wird dann der Kurs um fast 50 Proz. fallen. Niedrige Aktienkurse aber erschweren die Kapitalbeschaffung — niemand schreibt gar einen Kapitalanteil über 100 M. aus, wenn er noch nicht 50 M. dafür erhält. Man muß, wenn man dem Kapitalisten überhaupt noch ein (kapitalistisches) konsequentes Denken zuerkennen will, annehmen, daß sie mit den durch die Goldbilanz fixierten Gewinnansprüchen nicht die Kurse der Aktien runterren, sondern sie bei Pari halten wollten. Vor dem Kriege konnten man davon ausgehen, daß die Pariität erreicht werde, wenn die Dividende etwa dem Diskontsatz von 5 Proz. entsprach — die Schwankungen der einzelnen Gewerbezweige und

Unternehmungsgruppen können außer Ansatz bleiben, da es ja nur darauf ankommt, die Differenz zwischen dem Kapitalanspruch 1913 und heute zu ermitteln. Seit 1913 ist aber der Diskontsatz gestiegen. Er beträgt heute nominell 9 Proz., ist freilich in seiner praktischen Auswirkung wesentlich höher. Vergleichen wir aber in Ermangelung eines anderen Maßstabes den theoretisch zur Erhaltung der Aktienparität notwendigen Satz der Kapitalrente vor dem Kriege mit demjenigen, der sich durch den erhöhten Diskontsatz von 9 Proz. heute ergeben würde, so tritt die gewaltige Steigerung des Profitanspruchs erst richtig zutage. Wir hatten bei den vor der Goldbilanzstatistik erfaßten Gesellschaften:

1913 Aktienkapital	12,21 Milliarden zu 5 Proz. = 610,5 Mill. M.	1924	12,81	9	= 1152,9
Bei denselben Gesellschaften sind die Gewinnansprüche gegenüber 1913 also fast verdoppelt. Nun umfassen die 12,81 Milliarden aber sämtliche Aktiengesellschaften, die Goldbilanzen veröffentlicht haben, auch z. B. die Banken, von denen 189 ihr Vorkriegsaktienkapital von 2922,9 Millionen nicht erhöht, sondern auf 1048,5 Millionen herabgesetzt haben. Die Gewinnansprüche, die die Industriegeellschaften stellen, sind bedeutend höher. Das zeigen folgende Beispiele:					
13 Steinkohlenwerke . . .	229,8	11,49	805,1	37,46	
20 Montanwerke . . .	786,7	36,93	1.066,8	95,92	
321 Maschinenfabriken . . .	845,5	42,27	1.186,8	106,76	
146 Eisenwerke . . .	532,2	26,61	1.207,8	109,71	
248 Textilwerke . . .	508,1	25,41	657,5	59,17	
748 Gesellschaften . . .	2.854,8	142,71	4.422,5	396,02	

Das Aktienkapital dieser 748 Gesellschaften ist also von 2854 auf 4422 Millionen, die Gewinnansprüche, die zur Erzielung eines Aktienkurses von 100 Proz. stellen, sind jedoch sogar von 142,71 auf 396,02 Millionen erhöht, mit anderen Worten gegenüber 1913 fast verdreifacht.

Demnach ist es ganz klar, weshalb heute jede Preisentwertung von vornherein für unmöglich erklärt wird und scheitern muß, weshalb solche Gewinne, wie sie die Industrie heute verlangt, unmöglich zu erwirtschaften sind und weshalb es mit der Wiederherstellung der Konkurrenzkraft Deutschlands eher rückwärts als vorwärts geht. Mit verdreifachten Gewinnansprüchen bei geringerer Kaufkraft, stärkerer Konkurrenz und höheren toten Kosten sind Ergebnisse ausgeschlossen. Aber auch die Rentabilität muß vielfach fehlen und die Aktienkurse müssen niedrig bleiben, darüber kann keine Augenblitshausse hinwegtäuschen. Die Unternehmer haben also keinerlei Recht, vom Staat, von der Arbeiterschaft Opfer zu verlangen, um die Rentabilität der Industrie wiederherzustellen. Sie haben mindestens so lange kein Recht dazu, als sie ihre Gewinnansprüche nicht in Uebereinstimmung mit dem Absatz bringen.

Das Ende der lateinischen Münzunion.

Am 23. Dezember 1865 wurde in Paris zwischen Frankreich, Belgien, Italien und der Schweiz die sogenannte lateinische Münzunion abgeschlossen, der später noch Griechenland beitrug. Der wesentlichste Sinn dieser internationalen Vereinbarung war, eine gemeinsame Währungseinheit zu schaffen, die auf der Ausgabe von Goldstücken von gleichem Gewicht und von gleichem Feingehalt basierte. Die neue Einheit, die in Frankreich, Belgien und der Schweiz Franc (F), in Italien Lira und in Griechenland Drachme hieß, wertete im Goldverhältnis zur deutschen Mark 81,0045 Pfennig, oder (da im Goldvergleich zwischen deutscher Mark und Vereinigte-Staaten-Dollar dieser 4,1982 Mark galt) 19,295 Dollar-Cents. Die Vorteile einer internationalen Rechnungseinheit, wie sie durch die lateinische Münzunion geschaffen war, veranlaßten später weitere Länder (Spanien, Serbien, Rumänien, Bulgarien und einige südamerikanische Länder), sich dem Franc-Vorbild anzupassen, ohne jedoch der Münzunion beizutreten.

Nun ist die lateinische Münzunion von Belgien zum Ende des Jahres 1926 gekündigt worden, und sie wird also nach sechzigjährigem Bestehen der Auflösung verfallen. Damit wird allerdings nur der längst eingetretene Verfall der Währungsgemeinschaft zwischen den Münzunionstaaten festgestellt. Krieg und Kriegsfolgen haben den Wert des französischen und des belgischen Franc, des Schweizer Franken und der italienischen Lira, der griechischen Drachme und der spanischen Pesta, des serbischen Dinar, des rumänischen Leu und des bulgarischen Lev sehr verschieden verändert, so daß die Fiktion eines Goldfranc die einzige Währungsgemeinschaft der Münzunionstaaten darstellt. Wie stark der Wert der vom Golde gelösten Währungen der vier Hauptstaaten der lateinischen Münzunion und Spaniens voneinander abweicht, zeigt folgender Zahlenvergleich. Es kosteten am 6. Januar 1926 an der New Yorker Börse:

100 Schweizer Franc . . .	10,825 Doll.	= 100,15 Proz. des Goldfr.
100 spanische Pesta . . .	14,185	= 78,26
100 belgische Franc . . .	4,58	= 23,43
100 italienische Lira . . .	4,0578	= 20,98
100 französische Franc . . .	3,83	= 19,85

Befolgt man die Entwicklung dieser Werten in den letzten drei Jahren, so zeigt sich für sämtliche Währungen bis März 1924 ziemlich einheitlich eine Tendenz zum Fallen. Eine danach beginnende Höherbewegung brachte den Schweizer Franken Ende 1924 auf seinen vollen Goldwert, den er seitdem gehalten hat. Die spanische Pesta hat nur bis Mai 1925 steigen können und ist seitdem langsam am Fallen. Für den französischen und belgischen Franc ist eine Aufwärtsbewegung im zweiten Viertel des Jahres 1924 nur Episode geblieben. Jedoch hat sich der belgische Franc bisher über seinem tiefsten Stande gehalten, während der französische Franc seinen tiefsten Stand noch unterschritten hat und nun tiefer als belgischer Franc und italienische Lira steht. Der Fall der italienischen Lira hat sich in diesen Jahren ohne viel Hin und Her langsam fortgesetzt.

Die unterschiedliche Bewegung der in der lateinischen Münzunion zusammengefaßten Einzelwährungen hat, wie schon bemerkt, die Münzunion tatsächlich illusorisch gemacht, ehe ihr die letzte Kündigung durch Belgien das formelle Ende nahebrachte. Der Gedanke der Münzunion war sicher gut, und die Währungsgleichheit war, wenn auch oft nur rechnerisch, eine wesentliche Erleichterung für Handel und Wandel. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß jenseits der durch den Krieg hervorgerufenen Instabilitätsverhältnisse der völkerverbindende Faden der Münzunion wieder geknüpft werden wird.

Gewaltige Zunahme des Kleingartenbaus.

Anläßlich der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 sind im Deutschen Reich auch die landwirtschaftlichen Betriebe ermittelt worden. Die Erhebung erstreckte sich, wie bei der letzten Zählung im Jahre 1907, auf alle landwirtschaftlichen, Wein-, Gartenbau- und ähnliche Betriebe, die von einer Haushaltung aus selbstständig bewirtschaftet werden; die Erhebungsboagen waren von dem auszufüllen, der die Bodenschicht bewirtschaftet und den Ertrag gewinnt.

Nach einer vorläufigen Auszählung des Badischen Statistischen Landesamts wurden bei der Erhebung im Juni v. J. im Land Baden 293.900 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, 33.790 mehr als bei der Zählung im Jahre 1907. Diese Zunahme entfällt fast ausschließlich auf die Größenklasse unter 2 Hektar, in der sich die Zahl von 153.635 im Jahre 1907 auf 198.035 im Jahre 1925 erhöht hat. Verhältnismäßig am stärksten haben die Betriebe unter 20 Ar zugenommen, und zwar um 69.650. Offenbar handelt es sich hierbei vorwiegend um Klein- oder sogenannte Schrebergärten, die besonders in der Nähe der größeren Städte, unter dem Druck der Ernährungsschwierigkeiten in den Kriegs- und Nachkriegsjahren entstanden sind. Beispielsweise sei erwähnt, daß sich in den Industriebezirken Mannheim, Weinheim und Wiesloch die Zahl dieser Kleingartenbetriebe seit 1907 um 133 Proz. vermehrt hat.

Häufig bedeutsam ist die Feststellung, daß die Zahl der Betriebe, die mehr als 2 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche bewirtschaften, seit 1907 um 10.610, das sind rund 10 Proz., abgenommen hat; sie hat im Jahre 1907 noch 106.535 betragen; im Juni v. J. sind in dieser Größenklasse nur noch 95.925 Betriebe ermittelt worden. Ob diese Abnahme der Betriebe bei gleichbleibender Fläche günstig, das heißt als ein Beweis zunehmender Intensivierung des Grund- oder Bodens, oder ungünstig, das heißt als ein Zeichen wirtschaftlichen Niederganges der Landwirtschaft zu beurteilen ist, muß weiterer Untersuchung vorbehalten bleiben. Vorläufig sei nur darauf hingewiesen, daß diese Abnahme der größeren landwirtschaftlichen Betriebe vorwiegend in den industriellen Gegenden (Mannheim, Weinheim usw.) zu beobachten ist, während in den rein landwirtschaftlichen Bezirken, z. B. Adelsheim, Buchen, Tauberbischofsheim und Wertheim, die Zahl der Betriebe mit 2 Hektar und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche in der Größenklasse 2 bis 5 Hektar teilweise erheblich (bis zu 12 Proz.) zugenommen hat. Die Zahl der landwirtschaftlichen Großbetriebe mit 100 Hektar und mehr ist dieselbe geblieben wie im Jahre 1907.

Die deutsche Kallindustrie Ende 1925.

Für 50 Millionen Mark Vorräte.

Die Stabilisierung der Wirtschaft brachte für die deutsche Kallindustrie große Veränderungen. Die regelmäßigen Situationsberichte der Gebr. Dammann-Bank-Hannover, die auch für 1925 wieder erscheinen werden, geben darüber reichliches Material. Wie bekannt, hatte Deutschland bis zum Verfall der Friedensverträge das absolute Produktionsmonopol. Die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich hatte es zerbrochen. Es ist eine der entscheidenden Tatsachen der Neuorganisation der deutschen Kallindustrie, daß dieses Monopol, zwar nicht als Produktionsmonopol, aber als Weltmarkt der deutsch-französischen Interessenten, im Jahre 1925 wieder hergestellt worden ist. Die gemeinsamen, vorläufig bis 30. August 1926 getroffenen Vereinbarungen haben die Weltkallinteressen zwischen Deutschland und Elsaß im Verhältnis 70:30 aufgeteilt. Die neuen Kallwerke, -Schächte und -fabriken in Spanien und Polen fürchtet das neue Weltmarkt nicht.

Deutschland und Frankreich zusammen hatten 1925 einen Absatz von rund 15 Millionen Doppelzentner Reinkalk, einen Rekordabsatz mit einem Mehr von reichlich 4 Millionen Doppelzentner gegenüber 1913. Nicht ganz die Hälfte fiel davon auf die Ausfuhr in andere Länder. Der deutsche Gesamtabsatz betrug 12,25 Millionen Doppelzentner, davon 4,53 Millionen Doppelzentner auf das Ausland fielen (1924: 8,44 bzw. 3,41 Millionen). Der Anteil Deutschlands an der Weltverföhrung ist gegenüber dem Anteil Frankreichs gestiegen. Während Frankreich bis Ende September 1925 gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres nur eine Absatzsteigerung von 15 Proz. erreichte, betrug diese für Deutschland 70 Proz.

Der Wert des deutschen Kallabsatzes betrug 1925 zirka 180 Millionen Mark gegen schätzungsweise 117 Millionen Mark 1924. Der Wert der deutschen Kallproduktion ist höher, da am Schluß des Jahres für über 50 Millionen Mark Vorräte vorhanden waren, beträchtlich mehr als zu Anfang des Jahres. Bekanntlich waren die Herbstkäufe der Landwirtschaft für die Kallindustrie eine große Enttäuschung. Während das erste Halbjahr einen Mehrabsatz im Inland gegenüber 1924 von 2½ Millionen Doppelzentner brachte, betrug der Mehrabsatz im 3. Vierteljahr 1925 nur mehr 244.000 Doppelzentner, im 4. Vierteljahr blieb der Absatz gegenüber dem Vorjahr um fast 400.000 Doppelzentner zurück.

Die enormen Kallvorräte im Wert von 50 Millionen Mark zeigen, daß auch die Kallindustrie mit den Agrarzöllen eine falsche Rechnung gemacht hatte. Durch Schugzölle ist die Intensivierung der Landwirtschaft eben nicht zu schaffen.

Ueber den Produktionsapparat der hinter diesem Absatz steht, unterrichten folgende Ziffern: Von insgesamt 224 Schächten waren Ende Dezember 1925 noch 71 im Betrieb. Der Rest ist dauernd (118) oder vorübergehend (35) stillgelegt. Die 118 dauernd stillgelegten Schächte werden abgebrochen. Hinter dieser Stilllegung verbirgt sich eine volkswirtschaftliche Tragödie. Der Situationsbericht der Gebrüder Dammann-Bank gibt das in der Kallindustrie investierte Goldkapital mit einer Goldmilliarde an. Die 118 Schächte haben eine Beteiligung von 441 Laufendsteln. Die Zerstückung dieser Schächte bedeutet also eine volkswirtschaftliche Kapitalzerstückung von gigantischem Ausmaß. Aber damit nicht genug; obwohl das Kapital zerstört ist, sind die 441 Laufendsteln Beteiligung voll gewinnberechtigt in der Kallindustrie. Die Arbeiter der Kallindustrie müssen erlassene und abgebrochene Schächte mit Dividende versehen. Die deutschen Landwirte müssen um 10 Proz. höhere Preise zahlen zum gleichen Zweck. Das steht natürlich nicht im Dammann-Bericht.

Auch auf die Machtverhältnisse im Kallindikat hatte der Umstellungsprozeß tiefgreifende Wirkungen. Das gute Geschäft 1925 und die Verständigung mit Frankreich haben den Duotenkampf zum Stehen gebracht. Wintershall verfügt heute über 38,6 Proz., der Antisid hat 32,2 Proz., neutral sind 9 Proz. (Preussischer Fiskus 5,9 Proz. und Wilhelm Sauer 2,1 Proz.). Zur Beruhigung trug auch die gemeinsame Anleihe des Kapitalindikats über 300 Millionen Mark bei, von denen rund 160 Millionen bereits aufgenommen sind. Rund 30 Millionen davon dienen zur Abdeckung früherer Schulden.

Für die zukünftige Preispolitik kündigt der Dammann-Bericht allerlei Wünsche an. Gegenüber der vom Reichswirtschaftsministerium vorgenommenen Selbstkostenprüfung der Kallindustrie wird die Hoffnung ausgesprochen, daß diese Prüfung auf die Gewerke und Aktionäre Rücksicht nimmt, die seit 1913 durchweg keine entsprechenden Ausbeuten und Dividenden mehr erhalten haben. Für die Exportpreise wird völlig freie Hand verlangt, besonders gegenüber den Vereinigten Staaten. Die kürzliche Rede Hoovers, in der Bergsteigemaßnahmen auch gegenüber der deutschen Kallindustrie angedroht werden, und die ablehnende Haltung Amerikas bei der Kallanleihe scheint demnach wenig Eindruck gemacht zu haben.

möchte ich sie hergeben, die guten Massary-Ligaretten, zu denen ich immer wieder zurückkehre, auch wenn ich ihnen einmal untreu geworden bin!

Kleine Massary 3s + Royal 4s

Urteilen Sie selbst!

Nicht um alles in der Welt,

